

Stenografischer Bericht

44ao. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 05. Dezember 2018

Beginn: 10.01 Uhr

Entschuldigungen: Landesrätin MMag. Eibinger-Miedl, LTAbg. Dirnberger, LTAbg. Grubesa und LTAbg. Wagner.

ao LT. Einl.Zahl **2912/1**

Sonderstück betreffend *Verlangen auf Einberufung einer außerordentlichen Landtagssitzung gem. Art 15 Abs 2 L-VG iVm § 40 Abs 6 GeoLT*

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

D1. Einl.Zahl **2908/1**

Dringliche Anfrage der Grünen an Landesrat Anton Lang
betreffend *Erschütternd hohe Spekulationsverluste durch Frankenkredite und Verschleierung bis nach den Landtagswahlen 2015*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg Schönleitner (0000)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Anton Lang (0000)

Wortmeldungen: (Siehe Dringliche Anfrage 2)

Beschlussfassung: (0000)

D2. Einl.Zahl 2913/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landesrat Anton Lang

betreffend *Schwarz und Rot verzockten 84 Millionen Euro Steuergeld – und am Ende will es niemand gewesen sein!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (0000)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Anton Lang (0000)

Wortmeldungen: LTAbg. Schönleitner (0000), LTAbg. Dr. Murgg (0000), LTAbg. Mag. Hermann (0000), LTAbg. Dipl.-Ing. (FH) Köck (0000), LTAbg. Mag. Pichler-Jessenko (0000), LTAbg. Schwarz (0000), LTAbg. Dr. Murgg (0000), LTAbg. Schönleitner (0000), LTAbg. Mag. Hermann (0000), Landesrat Anton Lang (0000)

Beschlussfassung: (0000)

Präsidentin Dr. Vollath: Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können.

Es findet heute eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und auch jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Mir liegen für die heutige Sitzung vier Entschuldigungen vor: Entschuldigt sind Landesrätin MMag. Barbara Eibinger-Miedl und die Abgeordneten Erwin Dirnberger, Michaela Grubesa und Günther Wagner.

Am 29. November 2018 wurde von Abgeordneten der FPÖ beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß Art 15 L-VG iVm § 40 Abs. 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird.

Dieser Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht eines verdienten Mitgliedes des Landtages Steiermark zu gedenken:

Am 18. Oktober dieses Jahres verstarb die ehemalige Landtagsabgeordnete Eleonore Schoiswohl - viele nannten sie Lore - im Alter von 78 Jahren – auf den Tag genau 30 Jahre bevor sie im Landtag Steiermark angelobt wurde. Gestatten Sie mir, einiges aus ihrem Leben und politischen Wirken in Erinnerung zu rufen. Eleonore Schoiswohl wurde am 19. Jänner 1940 in Tulwitz bei Frohnleiten geboren. Nach Absolvierung der Schulzeit war sie im Krankenhaus Rottenmann als Stationsgehilfin tätig. Mit 19 Jahren heiratete Eleonore Schoiswohl und brachte bald einen Sohn zur Welt. Ihre politische Tätigkeit begann sie 1970 als Mitarbeiterin der SPÖ im Bezirk Liezen und der Lokalorganisation Trieben. Später wurde Eleonore Schoiswohl Gemeinderätin in der Gemeinde Trieben und war in dieser Zeit Sozial- und Frauenreferentin. Ab 1981 war sie Bezirksfrauen-Vorsitzende der SPÖ Liezen. Ihre landespolitische Laufbahn begann – wie eingangs schon angesprochen - am 18. Oktober 1988, als sie zur Abgeordneten dieses Hohen Hauses angelobt wurde. In ihrer dreijährigen Zeit als Mandatarin war sie in einigen Ausschüssen, wie dem Kontroll-Ausschuss, dem Sozial-Ausschuss sowie dem Ausschuss für Umweltschutz engagiert. Der persönliche Einsatz der Verstorbenen für Gemeinwohl und Umwelt zeichnete sie aus. Es gelang ihr in vorbildlicher Weise Erfahrungen von ihrer Herkunft und Tätigkeit in der regionalen und kommunalen Interessensvertretung zu verwerten und im Interesse der steirischen Bevölkerung in ihre Arbeit als Landtagsabgeordnete einfließen zu lassen. Dafür gebührt der Verstorbenen ein ganz besonderer Dank.

Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie und ihren Angehörigen.

Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark sowie im eigenen Namen danke ich Frau Eleonore Schoiswohl für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark. Der Landtag Steiermark wird der Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Tagesordnung ist allen mittels Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich fahre mit den Mitteilungen fort. Es wurden 14 Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht. Weiters wurden 12 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Am Donnerstag, dem 26. November 2018 wurde von Abgeordneten der Grünen eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2908/1, an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „Erschütternd hohe Spekulationsverluste durch Frankenkredite und Verschleierung bis nach den Landtagswahlen 2015“ eingebracht.

Weiters wurde am Donnerstag, dem 29. November 2018 von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 2913/1, an Herrn Landesrat Anton Lang betreffend „Schwarz und Rot verzockten 84 Millionen Euro Steuergeld – und am Ende will es niemand gewesen sein!“ eingebracht.

In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz werde ich die Dringlichen Anfragen in der Reihenfolge ihres Einbringens zum Aufruf bringen und dabei jeweils die Antragsteller um die Begründung und das befragte Regierungsmitglied um die Beantwortung ersuchen. Danach findet über beide Anfragen eine gemeinsame Wechselrede statt.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche wie üblich um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Ich komme zur Behandlung der Dringlichen Anfragen und erteile Klubobmann LTabg. Lambert Schönleitner das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage der Grünen und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTabg. Schönleitner – Grüne (10.07 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich bin in diesem Fall der FPÖ sehr dankbar für die Einberufung dieser Sondersitzung, weil ich glaube, dass es schon angebracht ist, in diesem Haus über Dinge zu diskutieren, die etwas betreffen was zentral ist und was den Landtag in seinen Aufgaben zentral betrifft, und das ist die Kontrolle des Landesbudgets. Wenn man sich - das möchte ich vorwegschicken, bevor ich dann auf den Rechnungshofbericht eingehe - die Entwicklung der Steiermark in den letzten Jahren ansieht, so ist es eben, und ich glaube, das kann niemand bestreiten, alles andere als erfreulich. Und wenn wir uns heute einen Zeitraum anschauen aus den 70er-, 80er-Jahren herauf, und dann den letzten Zeitraum, speziell seit dem Zeitraum, seitdem Franz Voves und die SPÖ von Waltraud Klasnic übernommen hat, hat sich der Schuldenstand der Steiermark, unseres Landes - das muss an den Beginn gestellt werden - nahezu verfünffacht. Die Steiermark steht jetzt bei in etwa fünf Milliarden Euro Schulden, das ist eine Verfünffachung, das ist ungefähr die Größenordnung, wir wissen es, eines Landesbudgets. Und aus diesem Grund ist es aus meiner Sicht natürlich legitim, Dinge zu hinterfragen und nicht frei erfunden zu hinterfragen, sondern auf Basis eines Rechnungshofberichtes zu hinterfragen, der aus meiner Sicht alles andere als erfreulich ist und der sehr kritisch ist. Ich werde dann gleich auf die realen und wirklichen Zitate dieses Rechnungshofberichtes sachlich eingehen. Es ist der Rechnungshofbericht 2018-07, der ganz einfach in diese tiefe Sorglosigkeit, die die steirische Budgetpolitik über Jahre geprägt hat, einen sehr konkreten Einblick gibt im Bereich der Frankenkredite. Und um die geht es uns heute. Aus dem Grund, haben wir gesagt, wollen wir den Landtag damit befassen. Ich darf auch daran erinnern, dass zu diesem Thema die Opposition mehrmals - das war seinerzeit meine Kollegin Jungwirth, dann war es einmal die KPÖ mit einer Dringlichen Anfrage hier im Haus, dann war es der Kollege Deutschmann mit einer Dringlichen Anfrage - immer wieder versucht hat, diese Finanzierungen zu hinterfragen. Und aus unserer Sicht waren es nie ausreichende Antworten und mit diesem Rechnungshofbericht, und das ist für mich wesentlich, wenn es um die sachliche Bewertung geht, sind genau diese Dinge belegt, die wir seinerzeit kritisch hinterfragt haben. Und da geht

es um die Verantwortung der Steiermärkischen Landesregierung. Ich möchte da jetzt, weil ich glaube, es ist nur sinnvoll, wenn man in so einem Fall darüber hier im Haus redet, wenn man sich wirklich den Bericht des Rechnungshofes anschaut, einige Zitate oder die Kernsätze aus diesem Rechnungshofbericht bringen. Es lautet ein zentraler Satz, und das ist eine kräftige Kritik, das wird niemand bestreiten können: „Während der Laufzeit hatte sie“, Anmerkung von mir, es ist die Steiermark gemeint, „keine Absicherungsmaßnahmen in Bezug auf etwaige Zins- und Währungsrisiken getroffen“. Das ist die erste Kernaussage in diesem Bericht, die darf man nicht unter den Tisch fallen lassen, denn der Rechnungshof sagt uns hier letztendlich: Über ganz lange Zeit war es mehr oder weniger dem Glück zu verdanken, dass die Steiermark hier nicht tief in eine Währungsspekulation hineingeschlittert ist. Und ich finde es schon beachtlich, dass es hier ausgerechnet die Sozialdemokratie ist, die in den letzten Tagen und Wochen, seitdem wir das hier sachlich thematisieren, die Währungsspekulation mit Klauen und Krallen verteidigt. Das verstehe ich nicht. (*LTA*bg. Schwarz: „Wenn man einen Gewinn macht ist das ein Skandal!“) Man hätte zumindest sagen müssen, wenn man den Rechnungshofbericht liest: „Wir sind herausgegangen aus den Währungsspekulationen, haben jetzt ein Verbot, weil es ein ganz klarer Fehler der Vergangenheit war.“ Das habe ich nicht so vernommen. Und das ist die erste Kritik mit diesem Satz in diesem Rechnungshofbericht. Die Steiermark war überhaupt nicht vorbereitet, ich würde ja nichts sagen, wenn wir ein Budget wie Südtirol, wie Bayern, wie Tirol, wie Vorarlberg, wie viele andere hätten, das annähernd ausgeglichen ist, aber bei unserem Schuldenstand dann noch hochrisikospekulativ reinzugehen, das hat der Rechnungshof unmissverständlich in seinem Bericht kritisiert. (*LTA*bg. Schwarz: „Sie haben aber einen Gewinn gebracht!“) Der zweite Satz in diesem (*LTA*bg. Schwarz: „Unglaublich!“) sehr gewichtigen Rechnungshofbericht, der darf auch nicht unter den Tisch fallen, und den muss man würdigen, wenn man den Bericht liest und kann ihn nicht ganz einfach ungeschehen machen, indem man einen langen Zeitraum ansieht. Der zweite Satz, der zentral ist, lautet: „Fällig werdende Wechselkursverluste wurden durch den Einsatz von Anschlussfinanzierungen, Rollierungen in die Zukunft verschoben“. Warum ist das so wichtig? Man hat eigentlich über Jahre hinweg die Liquidität des Landesbudgets über einen Frankenkredit sichergestellt, das mag eine Zeit lang ganz gut gegangen sein, das bestreitet auch niemand, eine Zeit lang war das auch ein Geschäft, aber in Wirklichkeit hat man die Währungsverluste in die Zukunft verschoben.

Und der Rechnungshof sagt nicht, weil ich es heute wieder irgendwo in den Medien so gelesen habe, es ist falsch widergegeben, der Rechnungshof hat gestern auch im Ausschuss sehr sachlich agiert, hat seinen Bericht vorgetragen, da heißt es ganz, ganz klar: „Die Wechselkursverluste wurden durch den Einsatz von Anschlussfinanzierungen in die Zukunft verschoben“. Und das heißt nichts anderes, als dass man der Bevölkerung jahrelang eigentlich die Zinsgewinne als positiv dargestellt hat im Landesbudget und am Ende, nämlich 2016 war es dann, endfälliges Finanzierungsmodell natürlich, sind diese 60 Millionen Währungsverluste geltend gemacht worden. (*LTabg. Schwarz: „Rechnen müsste man können!“*) Und da ist der Rechnungshof in diesem Bericht sehr sorgfältig vorgegangen. Er hat sich nämlich die zwei Teile angesehen, der Bundesrechnungshof, den ersten Teil bis ins Jahr 2011, und den zweiten Teil ab dem Jahr 2011 bis herein in die Gegenwart, bis 2016. Und dann ist einiges zu sehen, wenn man diese Tabelle wirklich ernsthaft ansieht und nicht fehlinterpretiert, dass nämlich zu Beginn natürlich die Zinsgewinne die Währungsverluste überstiegen haben, da kann man das noch argumentieren, aber speziell seit dem Jahr 2011 war es so, dass es genau gegenteilig war und eines ist in diesem Rechnungshofbericht Punkt für Beistrich abzulesen: Wir haben in dieser Zeit mit den übersteigenden Währungsverlusten, die die Zinsgewinne überstiegen haben, 20 Millionen in den Sand gesetzt. Es ist immer die Frage zu stellen, das ist natürlich klar: Was hätten wir tun müssen? Und aus unserer Sicht beantwortet sich diese Frage sehr klar. Man hätte schon früher in eine andere Währung konvertieren müssen, man hätte rausgehen müssen aus den Frankenfinanzierungen, dann wäre der Steiermark zumindest der Schaden erspart geblieben. Das ist noch unabhängig von dem, was wir ja jetzt nach langer Zeit behoben haben. Wir haben jetzt ein Spekulationsverbot, das zeigt ja schon, dass das seinerzeit nicht in Ordnung war, was wir gemacht haben, und dass wir hier das Risiko in keiner Weise eigentlich über lange Zeit abgesichert haben. Dann gibt es einen weiteren Satz in diesem Rechnungshofbericht, ich zitiere wieder, und der ist der gewichtigste: „Die Steiermark setzte trotz bekannter Risiken“, also wir haben es schon gewusst, sagt der Rechnungshof, „aus den Fremdwährungsfinanzierungen sowie angesichts der negativen Kursentwicklung mehrere Jahre keine Maßnahmen zur Risikoreduktion“. Also wir haben wieder nichts getan. (*LTabg. Schwarz: „Du zitierst irgendetwas!“*) Wir sind nicht ausgestiegen, sondern wir sind drinnen geblieben. Man kann sich - ich habe da eine Grafik mitgebracht, das ist zu klein, um es aus der Entfernung zu sehen, (*LTabg. Schwarz: „Das kann keiner lesen!“*) aber man kann es hier klar sehen:

Die ersten Warnungen hat es anlässlich der Wirtschaftskrise 2007/2008 gegeben, da waren die ersten Warnungen, da sind wir drinnen geblieben. Da ist der Kurs Euro-Franken schon nach unten gegangen. Dann waren wir im Jahr 2011, das war der Zeitraum, wo die Frau Präsidentin Vollath Finanzlandesrätin war, hätten wir auch noch die Möglichkeit gehabt, auszusteigen, sind wir wieder nicht ausgestiegen. Dann ist der Kurs noch einmal hinuntergegangen, dann sind wir immer noch drinnen geblieben. Ausgestiegen sind wir, und das ist interessant, im Jahr 2016. Das ist genau ein Jahr nach der Landtagswahl. Hannes, du kannst dann gern rauskommen oder vielleicht kannst du die Energie in deine Sesselbewegungen hineinversetzen, dann brauchen wir vielleicht einige Reifengarnituren, aber ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier sachlich diskutieren und dass du selbst, wenn du anderer Meinung bist, hier deine Argumente bringst. Das Problem wird eben am Ende sein, dass der Text im Rechnungshofbericht nicht mehr zu verändern ist. Und aus diesem Grund - ich habe es jetzt mit diesen drei Kernsätzen erläutert - stellen wir hier fest:

Wir haben nichts getan, um das Risiko grundsätzlich abzusichern, wir sind völlig im wirklich gefährlichen Raum währungsspekulativ unterwegs gewesen. Ich habe mir da noch von der Finanzmarktaufsicht und von der Österreichischen Nationalbank diese Bewertung angesehen, ob diese Kredite gefährlich waren, oder was ein Risiko war, wo man nicht mehr mit öffentlichen Geldern spekulieren hätte sollen. Das ist völlig klar. Wir hätten rausgehen sollen. Wir hätten nicht mit Anschlussfinanzierungen immer sagen sollen: „Die Währungsverluste werden die zukünftigen Generationen tragen“, das ist nämlich das Problem. Ihr sagt immer, die Politik, Herr Landeshauptmann, soll enkelfit sein, das ist wahrscheinlich nicht enkelfit, wenn man hergeht und zwei, drei, sage ich einmal, Generationen, oder Perioden von Landeshauptleuten in Wirklichkeit hier die Zinsgewinne nimmt und dann am Ende einer Generation, das war das Jahr 2016, sage ich jetzt einmal, die Währungsverluste überlässt. Man hätte natürlich auch schon zwischendurch Währungsverluste in dem Sinn realisieren können. Und wenn dann die Regierung herkommt - und das ist ja wirklich eine Milchmädchen-, bzw. Milchmädchenrechnung -, hergeht und sagt: „Über den langen Zeitraum des Bestehens dieser Frankenkredite haben wir Gewinne gemacht. So super waren wir!“, das ist ja absurd, geschätzter Karl Lackner. Du weißt das als Landwirt ganz genau, wie man sorgfältig und kaufmännisch wirtschaftet. Man kann doch nicht hergehen und kann sagen, ja seit meinetwegen Niederl, Krainer, Klasnic, bis jetzt zu Voves, ist alles ein Zeitraum und wenn wir uns das so anschauen, haben wir vorher zwar gut gewirtschaftet, aber dann hat es ein Cut gegeben und dann sagen wir:

„Aber unter dem Strich ist es sich noch ausgegangen!“ Die alles entscheidende Frage und die ist volkswirtschaftlich mehrfach belegt: (LTabg. Karl Lackner. „*Volkswirtschaftliche Erfolgsrechnung!*“) Warum sind wir nicht früh genug aus diesen Krediten rausgegangen, wenn wir sie schon gehabt haben. Der Rechnungshof sagt auch, es war falsch, sie zu haben, (LTabg. Schwarz: „*Du hast keine Ahnung!*“) aber warum sind wir so spät aus diesen Krediten herausgegangen? Und das ist die Frage. Und dann zu sagen, dass das ein langer Zeitraum war und wenn wir uns das anschauen, haben wir zwar am Ende quasi die Belastung des Währungskursverlustes gehabt, dann ist das eine unseriöse Politik. (LTabg. Schwarz: „*Das ist nicht unseriös. Man muss den Rechnungshofbericht positiv sehen!*“) Das wäre das gleiche, wenn drei Generationen, Karl Lackner, auf einem Hof sagen: „Ja, wir sind eh ausgekommen mit dem Grundstück, das wir gehabt haben, haben vielleicht sogar etwas dazugekauft und dazu gewirtschaftet“, und dann, die letzte Generation sagt: „Ist ja wurscht, verkaufen wir alles, dann haben wir eh noch einen Hektar, dann sind wir noch positiv ausgestiegen.“ Das ist unseriös. Das ist wirklich unseriös. Und das ist in diesem Sinn auch wirklich dünnhäutig und ich verstehe das nicht von der Sozialdemokratie, dass man sich nicht herstellt, das verstehe ich nicht, und sagt: „Wir entschuldigen uns, wir haben das jahrelang mitgetragen, (LTabg. Schwarz: „*Entschuldigung, wir haben einen Gewinn gemacht. Wir wollten lieber Verluste machen, aber das haben wir nicht geschafft!*“) das war eine falsche Finanzierung und wir haben es nicht geschafft, in aller Sachlichkeit, die steirischen Finanzen sicher für die Bevölkerung zu gestalten.“ (LTabg. Schwarz: „*Sorry, wir haben mehrer Geld!*“) Wir haben „mehrere“ Geld, das ist ja wirklich ein Super-Einwurf, Kollege Schwarz, wenn du sagst, wir haben „mehrere“ Geld, wir haben seit dem Übergang Klasnic/Voves - ich habe es zuerst gesagt - fünf Milliarden Euro Schulden angehäuft. Und jetzt kommt ihr wieder her und das irritiert mich besonders und sagt: „Der Rechnungshofbericht stimmt ja nicht“, (LTabg. Schwarz: „*Sorry, wir haben Gewinn gemacht!*“) ich darf dir ein paar Beispiele sagen, oder ich nenne dir ein Beispiel, wo es genau in der gleichen Art und Weise (LTabg. Klimt-Weithaler: „*Hannes, melde dich doch zu Wort, wir verstehen nichts - Präsidentin Dr. Vollath: Am Wort ist der Abgeordnete Schönleitner, ich bitte, seiner Wortmeldung zu folgen. Danke!*“) Lieber Hannes Schwarz, geh heraus, du hast ein Recht als Abgeordneter hier zu reden, ich höre mir deine Argumente gerne an, aber was, glaube ich, nicht sinnvoll ist, wenn du permanent nervös unterbrichst und völlig unruhig wirst, das bringt der Debatte hier letztendlich überhaupt nichts. Ich wollte eigentlich sagen, dass uns ja öfter schon gesagt wurde, das war in Ordnung und alles bestens war.

Die Pflegeverträge der Steiermark - auch vorwiegend von der Sozialdemokratie gemacht - sind super gewesen mit den privaten Heimbetreibern. Wir haben jetzt die finanziellen Belastungen. Die KIK-Immobilien-Konstruktion, KAGES, uns ist gesagt worden von der Sozialdemokratie, damals ressortverantwortlich auch: „Die ist bestens, wir blenden das ganz einfach aus im Budget, verlagern das mit einer Gesellschaft hinaus.“ Am Ende hat uns der Rechnungshof dann mit seinem Bericht ganz klar bestätigt: Auch diese Konstruktion war nachteilig für das Land Steiermark. Ich könnte jetzt noch viele Beispiele bringen, ich könnte auch die Pleitegemeinden, die vorwiegend auch in roter Verantwortung waren, hier ansprechen, alles das hat der Steiermark letztendlich viel Geld gekostet und wir haben eben nicht mehr Geld, das ist das große Problem, sondern wir haben eigentlich weniger Geld in der Tasche und darum ist es wichtig, sich das anzuschauen, wie das ganz genau war. Wir werden uns auch noch in der nächsten Ausschusssitzung, Kontrollausschusssitzung, vom Rechnungshof die diversen Frankenkreditverträge geben lassen. Ich glaube, man muss sich das anschauen, man muss jedes Jahr per Stichtag abrechnen, wieviel war Zinsgewinn, wieviel war Währungsverlust und dann wird man sehen, wenn man diese Striche und diese Zeilen übereinanderlegt, ab welchem Zeitpunkt es ganz einfach falsch war, in diesen Krediten noch drinnen zu bleiben. Diese fünf Milliarden Euro Schulden, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ja nicht zufällig entstanden. (*Landesrat Lang: „Aber nicht durch Fremdwährungskredite!“*) Es waren immer wieder genau solche Fehlleistungen und genau solche Fehlverhalten, die in der Summe am Ende diesen Schuldenberg ausgemacht haben. Und das wird niemand bestreiten können, denn, wenn Tirol ausgeglichen ist, wenn Bayern hervorragend dasteht, wenn Südtirol hervorragend dasteht, dann ist die Frage zu stellen: Warum steht die Steiermark eigentlich so schlecht da? Dann müsst ihr uns das sagen, ihr könnt mir doch nicht erzählen, dass das einzig und allein die Wirtschaftskrise war, sondern es war - und das ist das Problem - eine Anhäufung von Pannen der Landesregierung in der Finanzpolitik. Und das ist eine Panne, die wir heute hier im Landtag, völlig zu Recht, und das ist ein Recht der Opposition, diese Antworten zu bekommen, diskutieren. Ich verstehe überhaupt nicht, Kollege Lang und Kollege Schwarz, warum ihr so wehleidig seid. Gestern wird hergegangen im Ausschuss und du sagst dann in Richtung Rechnungshof, der völlig korrekt berichtet hat, sagst du, diese Tabelle, die Tabelle hätte der Rechnungshof unkorrekt dargestellt. (*LTabg. Schwarz: „Zitierst du jetzt aus der Ausschusssitzung?“*)

Du hast offenbar gemeint „zum Nachteil der Regierung“, weil da die Wahrheit drinnen steht, wie es ausgeschaut hat. Das ist doch absurd. Du kritisierst ja nicht einmal nur die Opposition, sondern du gehst sogar noch her und sagst, der Rechnungshof hat diese Tabelle falsch dargestellt. (*LTabg. Schwarz: „Dann sag wenigstens die Wahrheit!“*) Dann sind es am Ende wahrscheinlich wieder die Medien, die über dieses Thema auch seit Wochen an und für sich sehr gut und auch differenziert berichten, die vielleicht daran schuld sind, weil man euch irgendetwas unterjubeln will. Die Grundlage ist der Rechnungshofbericht. Und eines ist klar, bevor ich zum Einbringen meiner Fragen komme, es ist, liebe Kolleginnen und Kollegen - und da richte ich mich auch in Richtung der Regierung -, das Recht des Hauses, auch Sondersitzungen einzuberufen, Themen zu diskutieren. Wir haben drei Jahre keine Sondersitzung gehabt. Ich erinnere mich noch, wie der jetzige Herr Gesundheitslandesrat, seinerzeit als Klubobmann immer am Rednerpult war, immer eine Glühbirnenschachtel hergestellt hat zur Energiepolitik und gesagt hat, ein Wahnsinn, ein paar Cent ist der Strompreis nach oben gegangen, der jetzt amtierende Landeshauptmann - war damals die Kritik - muss hier befragt werden. Und genauso legitim ist das, das war völlig legitim, dass wir hergehen und diese Währungsspekulationen, diese Frankenkredite der Regierung hinterfragen. (*Landesrat Mag. Drexler: „Wer hat die Legitimität angezweifelt?“*) Die Legitimität, Herr Landesrat Drexler, haben nicht Sie angezweifelt, das rechne ich Ihnen hoch an, sondern die Legitimität zweifelt der Kollege Schwarz schon seit Tagen an, der eher aufgebracht, würde ich sagen, und nicht gerade dem Ansehen des Hauses gebührend hier vorgeht, und Kritik übt hier daran, dass wir zu so einem Thema eine Sondersitzung machen. Das waren diejenigen, die diesen Sonderlandtag hinterfragt haben.

Ich komme hiermit zur Einbringung der Dringlichen Anfrage:

- 1 Warum hat das Land Steiermark überhaupt mit Fremdwährungsfinanzierungen spekuliert?
(Kernfrage im Rechnungshofbericht)
- 2 Wurde vor den Landtagswahlen 2015 bewusst die Unwahrheit über die Frankenkredite gesagt, oder hatte die Landesregierung bei ihren Fremdwährungsfinanzierungen den Durchblick verloren?
- 3 Wurden die Spekulationsverluste erst nach den Landtagswahlen 2015 realisiert, um die Bevölkerung mit angeblichen Spekulationsgewinnen der Marke Reformpartnerschaft zu täuschen?

- 4 Warum wurden fällig werdende Wechselkursverluste durch den Einsatz von Anschlussfinanzierungen in die Zukunft verschoben?
- 5 Warum hat die Steiermark bei der Berechnung des entstandenen Kursverlustes den Einstiegskurs von Anschlussfinanzierungen aus dem Jahr 2002 zugrunde gelegt?
- 6 Warum wurden trotz bekannter Risiken aus Fremdwährungsfinanzierungen keine Maßnahmen zur Risikoreduktion getroffen?
- 7 Warum wurden angesichts von negativen Kursentwicklungen über mehrere Jahre keine Maßnahmen zur Risikoreduktion ergriffen?
- 8 Wie erklären Sie sich, dass über die Gesamtlaufzeit ein Kursverlust von 84 Millionen Euro und allein im Jahr 2016 ein Kursverlust von 60,1 Millionen Euro schlagend wurde, ohne dass zuvor zeitgerecht geeignete Maßnahmen ergriffen worden sind, um dies zu verhindern?
- 9 Wie erklären Sie sich den Inhalt des Presstextes der damaligen Finanzlandesrätin vor dem Hintergrund des vorliegenden Rechnungshofberichtes?
- 10 Was hätte aus heutiger Sicht getan werden müssen, um die Spekulationsverluste zu minimieren?

Das sind die Fragen, die ich mir jetzt erwarte, dass sie beantwortet werden und vielleicht zum Schluss noch einmal ein Satz in Richtung der Sozialdemokratie, weil irgendwie die Aufregung so groß ist: Ihr sagt, das war budgetpolitische Treffsicherheit, das war eben genau, wie in vielen Fällen, keine budgetpolitische Treffsicherheit, das war finanzpolitische Treffsicherheit nach dem mexikanischen Wildererprinzip, Kollege Schwarz. So war das. Man schießt irgendwo hin, dann zeichnet man die Zielscheibe rundherum und dann sagt man: „Getroffen!“ Juhu, finanzpolitisch treffsicher. Weißt du, was das Problem ist? Wenn die Zielscheibe schon am eigenen Knie ist, Kollege Schwarz, dann ist es wirklich angebracht, dass sich die Sozialdemokratie überlegt, wie sie mit der Budgetpolitik in diesem Haus umgeht. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.27 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile nun Landesrat Anton Lang das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrat Anton Lang - SPÖ (10.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher!

Lieber Klubobmann Lambert Schönleitner, ich möchte einmal gleich zu Beginn meiner Beantwortung der heutigen Dringlichen Anfrage Folgendes festhalten: Jede einzelne Zahl in dem von dir so oft hier zitierten Bericht des Rechnungshofes über Fremdwährungskredite ist zutreffend und entspricht den Tatsachen. Ich weiß nicht, woher du diese Aussagen hast, dass wir an den Zahlen und an den Inhalten dieses Rechnungshofberichtes zweifeln. Ich möchte hier noch einmal festlegen, dieser Rechnungshofbericht ist öffentlich, es kann ihn jeder nachlesen, nur in mir kommt der Verdacht auf, der leise Verdacht kommt in mir auf, wenn ich so die Diskussionen in den letzten Tagen verfolge und am gestrigen Tag, dass vielleicht nicht alle, die hier mit diesem Rechnungshofbericht ein Problem haben, das so richtig getan haben, nämlich diesen Bericht zu lesen und der Bericht hat doch einige Seiten und ich will eigentlich ein bisschen Zeit sparen helfen, ich würde sagen, man sollte sich doch noch einmal in Ruhe ab Seite 79 und Fortfolgende die Seiten des Rechnungshofberichtes zu Gemüte führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, drei Grundeigenschaften, die ich von einem verantwortungsvollen Politiker und einer Politikerin erwarte, wären für die heutige Diskussion sehr hilfreich: Drei Grundeigenschaften.

Erstens: Bevor man sich zu Themen äußert, sollte man sich ein genaues Bild vom Sachverhalt machen. Zweitens: Die Beherrschung der Grundrechenarten, wobei hier eigentlich nur Addieren und Subtrahieren gefragt ist, also das sollte man auch beherrschen und drittens: Das sinnerfassende Lesen eines Textes.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, der Freiheitlichen, bei der KPÖ weiß ich noch nicht, wie ihr zu diesem Rechnungshofbericht steht, aber ich weiß, dass ihr alle kluge Köpfe seid und dass ihr natürlich diese drei Grundeigenschaften alle habt. Selbstverständlich, da bin ich mir sicher, habt ihr diesen Bericht genau verstanden und ihr wisst sicher, was der Rechnungshof tatsächlich mit diesem Bericht sagen will. Also komme ich jetzt zu dem Schluss: Ihr wollt hier heute mit aller Gewalt und losgelöst von den Fakten, die hier im Rechnungshofbericht ganz klar aufgezeigt wurden, etwas inszenieren. Und ihr habt ja schon im Vorfeld gesagt: „Skandal“, dieses Wort wurde ja mehrmals vom Klubobmann Schönleitner gebraucht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen hier schlichtweg nur eines: Es gibt keinen Skandal, es gibt keinen Finanzskandal. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, aus meiner Sicht, einen Skandal, den es tatsächlich gibt, ist der Skandal, dass jetzt von Ihnen versucht wird, unser oberstes Prüforgan in der Republik unter Außerachtlassung sämtlicher Tatsachen politisch zu instrumentalisieren. Das ist für mich ein Skandal. Der Skandal, den es tatsächlich gibt, ist, wenn Rechnungshofberichte halb zitiert werden, Kollege Schönleitner - halb zitiert werden -, wenn man von Kursverlusten spricht, aber Zinsgewinne völlig außer Acht lässt. Und ein Skandal ist es und für mich sehr gefährlich für den Wirtschaftsstandort Steiermark, wenn unser Bundesland mutwillig von einzelnen Parteien schlecht geredet wird. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Ich kann Ihnen hier eines vorweg gleich sagen: Es wird Ihnen nicht gelingen, einen Skandal zu konstruieren, wo keiner ist. Es wird Ihnen auch nicht gelingen, den Steirerinnen und Steirern Sand in die Augen zu streuen, dafür sind sie zu schlau und durchschauen Ihre Politik. Und vor allem werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ und von den Grünen natürlich, mit dem was Sie hier heute aufführen wollen, politisch - da bin ich davon überzeugt - keinen Blumenstrauß gewinnen, und wie man so schön sagt, das kann ich Ihnen versprechen, Sie werden es auch sehen. Ich werde jetzt noch einmal die Gelegenheit nutzen und noch einmal wirklich sehr sachlich darstellen, worum es hier eigentlich wirklich geht bei diesem Geschäft, Fremdwährungskreditfinanzierung des Landes Steiermark. Und lieber Kollege Schönleitner, ein Geschäft, das ist ein ganz normaler Umstand, das hat einen Beginn und ein Ende. Ein Geschäft besteht aus einem Anfang und einem Ende. Das wirst du mir hier jetzt wohl nicht abstreiten. (*LTAbg. Schönleitner: „Dreimal verlängert!“*) Und dieses Geschäft hat eben einen Zeitraum über beinahe 30 Jahre gehabt, von 1987 bis 2016. Das Land Steiermark, das muss man ganz klar festhalten, hat, wie auch andere Gebietskörperschaften in Österreich, sich eben teilweise über Schweizer Franken finanziert. Und die Entscheidung, ich war damals nicht dabei, aber das kann man ja nachvollziehen, die Entscheidung, warum man das damals gemacht hat, war - und das hat ja der Rechnungshof auch zitiert, nur du hast es hier nicht gesagt, aber ich sage es jetzt noch einmal -, der Rechnungshof hat ausgeführt, dass man den Zinsvorteil nutzen wollte gegenüber anderen Finanzierungen, sprich damals in noch Schilling-Währung, und in weiterer Folge in Euro-Währung, wodurch natürlich, durch dieses Ersparnis jährlich, eine finanzielle Belastung für den Landeshaushalt reduziert werden sollte. Das ist der eigentliche Grund gewesen, und nichts Anderes. Und natürlich ist jede Fremdwährungsfinanzierung ein Marktrisiko, das könnte man jetzt da ausführen, was heißt eigentlich Marktrisiko, das will ich aber jetzt gar nicht, das kann man überall nachlesen.

Aber es war ganz klar, wenn eine Finanzierung eine gewisse Laufzeit hat, dass es danach natürlich möglich ist, und auch klug ist, diese Finanzierung in der gleichen Währung zu verlängern, damit man also hier den Zinsvorteil weiter hat. Und dass dadurch natürlich, durch die Verlängerung, so wie es der Rechnungshof festgehalten hat, keine Kursverluste schlagend geworden sind. Im Jahr 2014, meine Damen und Herren, hat man die Finanzierungsstrategie des Landes betreffend Fremdwährungskredite beschlossen. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat man in der Landesregierung einstimmig beschlossen. Also mit den Stimmen der FPÖ. Das möchte ich nur da festhalten. Und damals hat man die Bedingungen festgelegt, die Handlungs- und Ausstiegsoptionen in Abhängigkeit von der zukünftigen Kursentwicklung festgelegt. Das kann man alles nachlesen, das ist nicht von mir erfunden, das kann man alles nachlesen. So wurde damals festgehalten, dass bei einem Euro-Franken-Wechselkurs von unter 1,20, das war so damals diese von der Schweizer Nationalbank festgelegte Grenze, wo man gesagt hat, hier unterstützt man die eigene Währung, und da hat es gleichzeitig, und das wurde auch vom Rechnungshof mehrmals gesagt, dass es hier die Hypo Group Treasury gegeben hat, die also hier immer wieder mit Gutachten das attestiert hat, dass man hier einen negativen Ausblick uns aufgezeigt hat, wenn man diese bestehenden Finanzierungen umgeschuldet hätte. Da der Ausblick, wie gesagt, nicht nachhaltig war, erfolgte - und das wieder einstimmig - diese beschlossene Strategie zu befolgen und es gab zum damaligen Zeitpunkt keinen Ausstieg aus den Fremdwährungsfinanzierungen. Und wir haben weiterhin damals in der Abteilung diesen Wechselkurs genau beobachtet zwischen Schweizer Franken und Euro, und haben immer wieder, vierteljährlich, das hat auch der Rechnungshof bestätigt, vierteljährlich Berichte eingeholt, Zinsmeinungen eingeholt, Vorschauen eingeholt, wie sich der Schweizer Franken in der Zukunft entwickeln könnte.

Und im Jahr 2016 wurde die Finanzierungsstrategie des Landes Steiermark an die aktuellen Gegebenheiten angepasst und die darin festgelegten Grenzen für den Euro-Franken-Wechselkurs führten dann aufgrund der Kursentwicklung zum vollständigen Ausstieg aus der Fremdwährungsfinanzierung. Und das war es, und nichts Anderes, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und jetzt ersuche ich um besondere Aufmerksamkeit, vielleicht zwei, drei Minuten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die wirtschaftliche Gesamtbeurteilung einer Fremdwährungsfinanzierung, und das können Sie mir jetzt glauben, ich bin über viele, viele Jahre beruflich mit dem immer konfrontiert gewesen, muss man die Zinsgewinne auf der einen Seite, und, wenn es welche gibt, es hat nicht immer Kursverluste gegeben, es hat in

anderen Währungen auch Kursgewinne gegeben, Yen darf ich da nur beispielhaft anführen, über die gesamte Laufzeit betrachten. Ja, meine Damen und Herren, das ist nicht nur die Aufgabe des Landes, jeder Einzelne, und das waren Tausende, die in Fremdwährungskrediten sich verschuldet haben, und für die gilt das ganz Gleiche, das ist ein Geschäft vom Anfang bis zum Ende, über die gesamte Laufzeit sind Zinsgewinne gegenüber einem Eurokredit und die Kursverluste einfach gegenüber zu stellen. Und das geht dann um ein Nettoergebnis. Und genau dieses Nettoergebnis, und jetzt, Kollege Schönleitner, bitte ich dich um besondere Aufmerksamkeit, das hat der Rechnungshof auf Seite 82 grafisch dargestellt. Und ich habe mir jetzt erlaubt, das ist anscheinend eine komplizierte Darstellung, okay, ist egal. Ich habe mir erlaubt, nämlich so darzustellen, dass ich überzeugt bin nach meinen Ausführungen, dass du das auch richtig verstanden hast. Schau einmal, lieber Kollege, um was geht es? Für den Zeitraum von Jänner 1987 bis September 2016 haben wir insgesamt einen Zinsgewinn gehabt, ich runde es, von rund 114 Millionen Euro, den Zinsverlust über diese gesamte Laufzeit entgegengerechnet mit 84,0 Millionen Euro, das ergibt einen Nettovorteil, ich sage es jetzt auf steirisch, einen Gewinn für das Budget rund 30 Millionen Euro über diese Laufzeit, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*. Das ist nicht so schwer. Kollege Schönleitner, das ist nicht so schwer, ich habe das eben ein bisschen vereinfacht dargestellt, ich gebe zu, der Rechnungshof hat sechs Spalten gemacht, ich habe mir gedacht, drei reichen auch. Und wenn du dich da herausstellst und sagst, wenn das Land Steiermark über 30 Jahre rund 30 Millionen Euro Gewinnvorteil hat aus diesem Geschäft, das das ein Skandal ist, also ich muss dir ganz ehrlich sagen, okay, bitte, behalte es für dich, aber ich glaube, den Steirerinnen und Steirern ist klar, worum es hier gegangen ist. Meine geschätzten Damen und Herren, das Ganze, was ich jetzt hier vereinfacht dargestellt habe, das hat der Rechnungshof auf Seite 82 in etwas anscheinend komplizierterer Form auch dargestellt. *(LTAbg. Schönleitner: Unverständlicher Zwischenruf)* Jetzt muss ich mir schon die Frage stellen, geschätzter Kollege Klubobmann, glaubst du den Zahlen des Rechnungshofes nicht? Also ich habe nichts Anderes getan. Ich habe die gleichen Zahlen genommen, für dich vereinfacht dargestellt und da kommen 113,9, minus 84, rund 30 Millionen heraus. Und ich muss jetzt ganz ehrlich sagen, dass das gerade von dir kommt, dass du die Zahlen des Rechnungshofes in Frage stellst, das trifft mich schon, muss ich sagen, weil jeder, glaube ich, da herinnen, aber viele tausende Steirerinnen und Steirer, die meistens aus privaten Gründen eine Fremdwährungsfinanzierung aufgenommen haben, die können das genau nachvollziehen.

Mich haben viele angesprochen im Zuge der letzten Tage und haben mich gefragt, also eigentlich haben sie zu mir gesagt, Sie tun mir leid, dass Sie sich mit so etwas heute hier herumschlagen müssen, weil das ist eigentlich komplett logisch, was da hier das Land Steiermark gemacht hat. Aber ich tue es ja gerne und wenn du willst, ich habe am Nachmittag etwas Zeit, können wir uns zu einem Privatissimum auch zusammensetzen, ist kein Problem. (LTAbg. Schönleitner: „Muss nicht sein!“) Aber es freut mich, dass wir insgesamt, und das muss man auch sagen, das hat der Rechnungshof ganz klar festgehalten, und du hast es da heraußen heute nicht gesagt, aber ich sage es noch einmal, dass wir allen anderen Empfehlungen des Rechnungshofes mittlerweile nachgekommen sind. Und ich möchte in diesem Zusammenhang in aller Deutlichkeit noch einmal sagen: Ich persönlich, und das nehme ich mir jetzt heraus als Finanzlandesrat, in dieser Zeit ist es unbedingt notwendig, dass sich die öffentliche Hand völlig Risikoavers finanziert. Und etwas Anderes, das kann ich auch hier sagen, solange ich Finanzlandesrat sein darf, wird es mit mir nicht geben, das kann ich hier versprechen. Ich habe am 25. Jänner 2018 einen Regierungssitzungsantrag eingebracht und die Finanzabteilung hat hier mit der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur und Univ.-Prof. Dr. Stefan Pichler von der WU Wien, und der ist sicher Insider ein Begriff, er hat hier also mit uns diese Strategie erarbeitet, wir haben eine umfassende Schuldenmanagementstrategie beschlossen. Ziel ist es, und das sage ich ganz vereinfacht jetzt, mittel- bis langfristig günstige Finanzierungsinstrumente des Landes unter Minimierung sämtlicher Risiken festzulegen. Und im Februar 2018 haben wir hier eine Verordnung beschlossen zur Risikoaversen Finanzgebarung. Das heißt, in Zukunft ist es also nicht möglich, ich führe das hier nicht an, das haben wir eh diskutiert, gewisse Geschäfte zu machen, aber explizit führe ich noch einmal an, dass wir also aufgrund dieser Verordnung keine Fremdwährungskredite aufnehmen können. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, und das erlauben Sie mir jetzt auch, wir vergleichen uns ja gerne mit anderen Bundesländern und der Kollege Klubobmann Schönleitner hat heute, glaube ich, fünf Mal die westlichen Bundesländer hier zitiert, und ich darf hier wirklich voller Stolz Folgendes sagen: Kein anderes Bundesland in unserer Republik hat eine derart detaillierte und profunde Handlung zur Entwicklung eines modernen Risikoschulden- und Liquiditätsmanagements gesetzt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Steiermark übernimmt hier eine klare Vorreiterrolle. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP).

Lassen Sie mich also noch einmal kurz zusammenfassen, bevor ich zur Beantwortung der mir gestellten Fragen komme.

1. Im Jahr 2016 ist das Land Steiermark aus den verbliebenen Fremdwährungskrediten in Schweizer Franken vollständig ausgestiegen.
2. Durch die in den 1980er Jahren begründeten Schweizer Franken Kredite hat das Land Steiermark bis zum Jahr 2016 rund 30 Millionen Gewinn gemacht.
3. Aufgrund des Haushaltsrechts und der Finanzierungsstrategien des Landes ist es heute gar nicht mehr möglich, Fremdwährungskredite einzugehen.

Das sind, noch einmal zusammengefasst, die Fakten. Also nochmals die Frage an dich, Herr Klubobmann Schönleitner: Was ist daran ein Skandal? Was ich mir persönlich wünsche, dass du damit aufhörst, den Rechnungshof zu instrumentalisieren für deine Aussagen hier und einen Bericht zu interpretieren, wo man sagen muss, die Aussagen von dir finden sich, wenn man sinnerfassend liest, in diesem Bericht nicht.

Ich komme nun zur Beantwortung Ihrer Fragen:

1. Das Land Steiermark hat sich, wie viele andere österreichische Gebietskörperschaften, seit den 1970er Jahren teilweise über Fremdwährungskredite in Schweizer Franken finanziert. Der Grund für die damalige Entscheidung lag – wie der Rechnungshof ausführt – in den Zinsvorteilen gegenüber der Finanzierung in inländischer Währung, Schilling, in weiterer Folge Euro, wodurch die finanzielle Belastung für den Landeshaushalt reduziert werden sollte.

2. Kann ich sehr kurz beantworten: Nein.

Frage 3: Der Landtag war über die Umstände der Fremdwährungsfinanzierung laufend informiert und verfügte über die jeweiligen stichtagsbezogenen Zahlen und Fakten. In den Rechnungsabschlüssen ab dem Jahr 2012 wurden entsprechend ausgewiesene Eventualverbindlichkeiten bzw. mit dem neuen Haushaltsrecht ab 2015 Rückstellungen gebildet. Die gegenständliche Thematik war daher immer evident.

4. Die Refinanzierung auslaufender Franken-Darlehen erfolgte ausschließlich wiederum in Schweizer Franken. Dadurch war kein Währungsumtausch erforderlich und konnten auch keine finanzierungswirksamen Kursdifferenzen entstehen. Erst mit dem gänzlichen Ausstieg und der dafür erforderlichen Konvertierung in Euro wurden die Kursdifferenzen finanzierungswirksam.

5. Bedingt durch die Einführung des Euro in Österreich mit 1. Jänner 2002, das war die Umstellung, war der Landesrechnungsabschluss 2002 erstmals in Euro zu erstellen. Der Euro-Franken- Wechselkurs per 31. Dezember 2002 betrug 1,4533.

Die Fragen 6 und 7 darf ich zusammenziehen:

Die Absicherung von Zins- und Fremdwährungsrisiken ist nur mittels derivativer Finanzinstrumente, also zum Beispiel Swaps, möglich. Ich bin persönlich, und das wird man verstehen, sehr froh, dass sich die Steiermark auf Derartiges niemals eingelassen hat. Die Steiermärkische Landesregierung hat nämlich bereits im Jahr 2007, Kollege Schönleitner, 2007 beschlossen, dass – ich zitiere: „... bei Fremdmittelaufnahmen zur Finanzierung des Landeshaushaltes keine Swaps oder sonstigen Derivativkonstruktionen abgeschlossen werden dürfen“. Wie bei der Beantwortung der Fragen 2. und 3. ausgeführt, wurde in den Rechnungsabschlüssen entsprechend Vorsorge getroffen.

8. Für den Zeitraum von 1. Jänner 1987 bis 12. September 2016 stehen Zinsgewinnen von 113,9 Millionen Euro Kursverluste von 84,0 Millionen Euro gegenüber. Der Nettovorteil beträgt also laut Rechnungshof 29,9 Millionen Euro. Der im Landesrechnungsabschluss 2016 realisierte Kursverlust in Höhe von 60,1 Millionen Euro ergab sich aus dem Ausstieg und der daher notwendigen Konvertierung in Euro. Wie bei der Beantwortung der Fragen 2. und 3. ausgeführt, wurde in den Rechnungsabschlüssen entsprechend budgetäre Vorsorge getroffen. Die Höhe der Rückstellung betrug im Jahr 2016 62,3 Millionen Euro.

9. Die Ausführungen entsprachen der Faktenlage zum damaligen Zeitpunkt.

10. Und jetzt wiederhole ich mich wirklich zum xten-Mal, aber einmal sage ich es noch: Der Nettovorteil für das Land Steiermark aus den Fremdwährungskrediten betrug rund 30 Millionen Euro.

Es ist natürlich immer einfach, Kollege Schönleitner, mit dem Wissen der Gegenwart darüber zu sinnieren, ob man vor fast 40 Jahren, ist das jetzt her, in Richtung Fremdwährungsfinanzierungen hätte gehen sollen. (*LTabg. Schönleitner: „Es geht um den zweiten Teil!“*) Kollege Schönleitner, hör mir einmal zu, sonst verstehst du es wieder nicht, wirtschaftlich betrachtet wird man die Frage im Nachhinein mit „ja“ beantworten müssen. Aber noch schwieriger, und daher bewundere ich dich, wenn du da heraußen stehst und uns immer erklärst, wann hätte man aussteigen sollen, du hast jetzt schon vor 15 Jahren, vor 10 Jahren, ich weiß nicht, was du heute alles gesagt hast, ist die Beurteilung des richtigen Zeitpunkts eines Ausstiegs.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich diesen Chart anschaut von 19987 bis 2016, wie sich der Schweizer-Franken-Devisenkurs, Kollege Schönleitner, ist ein wenig ein Unterschied, ob Bargeld oder Devisen, aber das sind so Kleinigkeiten. Das passt schon, wie sich der entwickelt hat und wenn man dann sagt, ja, 2007 und 2008, wie du gesagt hast, da hätte man ja ganz gescheit aussteigen können, dann hast du wahrscheinlich als Einziger wirklich das Wissen gehabt, dass diese Bankenkrise entsteht, dass diese Wirtschaftskrise entsteht. Alle anderen und die Experten und alle haben gesagt, (*LTabg. Schönleitner: „Aber ihr habt einfach weitergemacht!“*) Kollege Schönleitner, und das habe ich dir heute schon zwei Mal gesagt, die haben gesagt: „Nein, das kommt nicht!“ Wir sind alle überrascht worden. Ich will damit nur eines sagen: Im Nachhinein sich da herzustellen, auf gescheit zu machen und zu sagen: „Ja, da hättet ihr das wissen müssen“, ich muss dir ehrlich sagen, ich bewundere dich, dass du ein Hellseher bist, dass du sagen kannst, 1991, 1996, 2007, wäre der richtige Zeitpunkt gewesen. Ich kann nur eines sagen: Zukünftig wird man sich diese Fragen nicht mehr stellen müssen, weil wir nur mehr Risikoavers hier uns verschulden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.52 Uhr*).

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile nun dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Deutschmann das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage der FPÖ an Landesrat Anton Lang und verweise auch diesmal auf die Redezeitbegrenzung von 20 Minuten für die Begründung.

LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (10.52 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, meine geschätzten Damen und Herren der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Kollege Schönleitner hat ja schon den Rechnungshofbericht in Teilbereichen zitiert und auch vorgetragen. Da werde ich mich jetzt hier kurzhalten können. Zu unterschiedlich - das sieht man in der Beantwortung vom Herrn Landesrat Lang - sind die Zugänge zu den Zahlen, zu den einfachen Zahlen und zu den einfachen Rechenbeispielen. Schön, dass wir das alle hier einmal in der Schule gelernt haben. Spekulation ist deswegen in der Wirtschaft und so steht es auch, eine auf Gewinnerzielung aus Preisveränderung gerichtete Geschäftstätigkeit. Da sind wir uns einmal einig. So steht es zumindest im Gabler-Wirtschaftslexikon zu lesen, also darf man von Beginn weg festhalten: Hier wurde mit Steuergeldern gezockt und verzockt, geschätzte Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*)

Der Vergleich der privaten Finanzierungen und der Finanzierungen in einem Land ist deshalb unredlich, denn was der Private, mit welchen Währungen er auch immer etwas finanziert oder macht, ist seine Sache, was wir hier machen, geschätzte Damen und Herren, geht uns alle an, nämlich das ist Steuergeld, das ist das, was wir alle hier verdienen, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Wir haben bekanntlich im Jahre 2014 im Rahmen einer Dringlichen Anfrage an die damalige finanzverantwortliche Landesrätin Dr. Vollath die Frage gestellt und auch 2016 dem Nachfolge-Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer befragt, und offensichtlich wurden beide von diesem Husarenstück mehr oder wenig negativer Prägung in die Verteidigungsposition gedrängt, ja, sogar Spekulationen wurden damals, wir wissen es ja, bestritten. Nun haben beide Rechnungshöfe, Land- und Bundesrechnungshof, über diese Geschichten Berichte geschrieben und sich mokiert darüber, dass diese Finanzgeschichten eher unverantwortlich waren. Es geht hier um keine Zukunftsperspektive, geschätzte Damen und Herren, das ist das, was immer hier die Sprache war, was hätte man nicht, wenn, sondern es geht hier um die Aufarbeitung aus der Vergangenheit, denn was ist mit dem Steuergeld in diesen Zeiten auch passiert? Über die Zukunft Finanzen, geschätzte Damen und Herren, werden wir uns am Dienstag, das ist heute schon gefallen richtigerweise, im Budgetlandtag auseinandersetzen, aber auch hier, geschätzte Damen und Herren, haben wir wieder über 177 Millionen Euro Neuverschuldung zu sprechen. Also der Schuldengang setzt sich fort und da ist die Frage, wer hier die steirische Wirtschaft belügt, geschätzte Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Wenn das Kernelement der Finanzpolitik aus den letzten Jahren das Schuldenberg-Produzieren ist, dann stellt sich hier die Frage, ob wir nicht in Zukunft überlegen werden müssen, wie wir generell unseren Finanzierungsapparat aufstellen werden. Das ist nicht klar, das ist die Gegenwart Ihrer Finanzpolitik, aber manchmal, geschätzte Damen und Herren - und über das sprechen wir heute -, holt einen eben die Vergangenheit ein. Angesichts dieser Vorgänge rund um ein Schweizer-Franken-Darlehen kann und darf man, glaube ich, nicht zur Tagesordnung übergehen und das so ins Lächerliche zu ziehen, das ist ein alter Hut, das ist Vergangenheit, darüber haben wir ja schon gesprochen, ja, stimmt. Wir haben in diesem Haus schon oft über das Thema gesprochen, aber der Bundesrechnungshofbericht ist jetzt eben mehr oder weniger der Anlass. Geschätzte Damen und Herren, in Erinnerung rufend: Bei Frau Landesrätin Vollath waren es noch die sogenannten Eventualverbindlichkeiten, und sie hat im Jahre 2013 noch von einem Eurovorteil von 51 Millionen Euro gesprochen – 2013, obwohl sich das Finanzdebakel schon abgezeichnet hat. Beim Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer war es ein sogenannter

Nettovorteil, also die Differenz aus Kursverlust und Zinsgewinnen über die Rechnungsvorgänge über die Gesamtlaufzeit von 29 Jahren. Also genauer gesagt 01.01.1987 bis 07.09.2016. Es ist richtig, geschätzter Herr Landesrat Lang, im Nachhinein oder in der Nachlese ist man immer gescheiter, man kann immer im Nachhinein etwas aufarbeiten, aber das ist ebenso in der Geschichte. Die Rechnungshofberichte kommen im Nachhinein und deshalb muss man darüber auch sprechen. Klar ist, was hätte man mit diesem Geld nicht in der Vergangenheit besser machen können, pekuniär besser, zukunftsfit besser, steuergeldschonend besser, geschätzte Damen und Herren. Wenn man als Finanzverantwortlicher spekulieren muss, wenn man spekulieren muss, dann wäre es aber notwendig gewesen, aus den Gewinnen dementsprechende Rücklagen zu bilden. Das wäre verantwortlich gewesen, aber auch dieser Zugang blieb Ihnen offensichtlich in dieser langen Zeit verschlossen und das, meine ich, ist schlecht. *(Beifall bei der FPÖ)* Dein Rechenbeispiel, und es ist auch richtig, der Kursgewinn, das bestreite ich hier nicht, das in fast 30 Jahren 29,9 Millionen Euro Kursgewinn errechenbar ist, steht ja auch so im Rechnungshofbericht, aber es ist trotzdem festzuhalten, dass dies über die ganze Laufzeit passiert ist. Es sind Kursverluste entstanden, diese kann man auch nicht weg reden, das sind in Summe 84 Millionen Euro, dazu 60 Millionen Euro - satte 60 Millionen Euro im Jahr 2016, geschätzte Damen und Herren, nachdem die Opposition zu dem Zeitpunkt schon mehrfach gewarnt hat und auf das Thema hingewiesen hat, dass es hier zu Problemen kommen könnte. Ich meine, dass das Ganze ohnehin zum Scheitern verurteilt war, zeigt sich hier auch heute: Zocken mit Steuergeld ist eben enkelunfit. *(Beifall bei der FPÖ)* Es geht hier natürlich um die finanzpolitische Vergangenheit, geschätzter Herr Landesrat, die du da jetzt beantworten musst und ich bin guter Hoffnung, dass sich in Zukunft das etwas bessern wird, du hast das ja schon angesprochen, aber es geht jetzt eben hier nicht um das Budget 19/20, sondern um die Vergangenheit unserer Budgetpolitik. Faktum ist nämlich, dass die letzten Darlehen in der Höhe von 265 Millionen Schweizer Franken im Jahre 2016 aufgenommen wurden, das steht auch im Bericht. 2010, im Rahmen des Griechenland-Spektakels, wo der Euro talwärts fuhr, ja, spätestens da hätte man ein Ausstiegsszenario überlegen müssen, denn von 2009 bis 2011 fiel der Kurs enorm, von 1,5 auf 1,1. Nur ein kleines Beispiel: 2007 waren es 1,678 - 2009 und 2011 habe ich schon gesagt - 2015, am 15.01., 0,86, da wird man sehen, wie sich das bewegt und 2018 liegen wir bei 1,13 vorläufig, mit der Prognose 2019 Mitte auf 1,23. Der Ausstieg kam zu spät und die notwendigen Rücklagen wurden viel zu spät, wenn überhaupt, gebildet. Das heißt, die Reaktionszeit bei so einem Geschäft war zu lange, hier hätte man,

wenn man schon spekuliert, viel rascher reagieren müssen. *(Beifall bei der FPÖ)* Also kann man festhalten, dass man ein Hochrisikogeschäft, das es ja ist, eingegangen ist, ohne Rücklagen zu bilden und ohne Vorausschau auf ein rechtzeitiges und gedeihliches Ausstiegsszenario. Wenn man nämlich diese Geschäfte macht, muss man wissen, der Herr Landesrat hat das eh schon angesprochen, ich darf es hier noch einmal wiederholen: Erstens muss das Zinsniveau des Fremdwährungslandes niedrig bleiben, das ist einmal der erste Parameter und zweitens muss der Wechselkurs ein guter bleiben. Bei langfristigen Veranlagungen kann man eben diese Faktoren klarerweise nicht immer seriös vorhersagen. Deshalb wäre es von exorbitanter Wichtigkeit gewesen, dementsprechende Rücklagen rechtzeitig zu bilden, aber da waren Sie leider Gottes säumig. Treffsicher, geschätzte Damen und Herren, waren Sie hier nicht, Wirtschaft schlecht reden, geschätzte Damen und Herren, lieber Herr Landesrat, das machen wir hier nicht. Wir reden aus der Vergangenheit. Wirtschaft schlecht reden tun jene, die hohe Schulden produzieren, dass sich das Land bis unendlich nicht mehr „erfangen“ wird aufgrund dieses Schuldenberges. *(Beifall bei der FPÖ)* Und das, abschließend, bevor ich zu meinen Fragen komme, in einem Zeitraum von 10 Jahren, geschätzte Damen und Herren, 5 Milliarden Euro. Das ist eine hohe Leistung negativer Finanzpolitik.

Ich darf dir folgende Fragen stellen:

1. Wann haben Sie vom tatsächlichen Ausmaß der Kursverluste in Höhe von 84 Millionen Euro erfahren?
2. Wie rechtfertigen Sie gegenüber der steirischen Bevölkerung die durch spekulative Geschäfte verursachten 84 Millionen Euro Kursverlust?
3. Bleiben Sie bei der Argumentation Ihres Vorgängers, dass sich die Kursverluste „lediglich“ auf rund 60 Millionen Euro beziffern?
4. Falls ja, wie erklären Sie sich die Feststellungen des Rechnungshofs, wonach diese Berechnungen inkorrekt sind?
5. Wurden Sie vom ehemaligen Finanzlandesrat Michael Schickhofer über die tatsächliche Höhe der Kursverluste bei der Ressortübergabe informiert?
6. Werden Sie aufgrund der Berichterstattung des Rechnungshofs eine Neuevaluierung der tatsächlichen Kursverluste des Landes Steiermark infolge der Schweizer-Franken-Darlehen vornehmen?

7. Werden Sie sich als Finanzlandesrat dafür einsetzen, dass auch für Gemeinden ein Spekulationsverbot in der Steiermärkischen Gemeindeordnung 1967 verankert wird?
8. Können Sie ausschließen, dass das Land Steiermark oder ein landeseigenes Unternehmen in dieser Legislaturperiode Kursverluste durch Spekulationsgeschäfte zu verzeichnen hatte?
9. Falls nein, welche Fälle sind Ihnen bekannt und wie stellen sich diese konkret dar?
10. Haben Sie bereits den Aktenverkehr zwischen Ihren Vorgängern, insbesondere der ehemaligen Finanzlandesräte Michael Schickhofer sowie Bettina Vollath, und der Finanzabteilung des Landes Steiermark ausheben lassen, um diesen auf potentielle politische Einflussnahme in der Causa Schweizer-Franken-Darlehen hin zu prüfen?
11. Falls ja, kamen dabei allfällige Malversationen bzw. Widersprüche hinsichtlich der vom Rechnungshof dargelegten tatsächlichen Faktenlage und der von Ihren Vorgängern behaupteten alternativen Fakten zum Vorschein?
12. Falls nein, werden Sie besagten Aktenverkehr im Sinne von Transparenz und Wahrheitsfindung schnellstmöglich ausheben lassen?
13. Wurden Sie oder die Führungsebene der Finanzabteilung des Landes Steiermark im Zuge der Berichterstattung über die tatsächlichen Kursverluste des Landes von einem oder mehreren Ihrer Vorgänger als Finanzlandesrat hinsichtlich der Thematik Schweizer-Franken-Darlehen kontaktiert?
14. Falls ja, wann fand die Kontaktaufnahme statt und wie stellte sich diese konkret dar bzw. wurde dabei versucht, Sie oder die Führungsebene der Finanzabteilung zu beeinflussen?

Geschätzter Herr Landesrat, ich bitte um redliche Beantwortung. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 11.04 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Geschätzter Herr Landesrat, ich ersuche auch dich um Beantwortung dieser Frage.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (11.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Ich hoffe, dass mir jetzt keiner persönlich böse ist, wenn ich auf die Einleitung jetzt verzichte, weil es aus der Faktenlage heraus für mich nichts geändert hat. Das gleiche, was ich also eingeleitet habe bei der Anfrage der Grünen gilt natürlich 1:1 auch als Einleitung für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage der Freiheitlichen Partei und darf daher gleich zur Beantwortung der Fragen kommen.

Frage eins:

Am 31. August 2016 hat die Steiermärkische Landesregierung den Ausstieg aus den Verbindlichkeiten in Schweizer Franken beschlossen.

Frage zwei:

Für den Zeitraum vom 1. Jänner 1987 bis 12. September 2016 stehen Zinsgewinnen von 113,9 Millionen Euro, Kursverlusten von 84 Millionen Euro gegenüber. Der Nettovorteil beträgt also 29,9 Millionen Euro.

Frage drei:

Die im Landesrechnungsabschluss 2016 dargestellte Differenz aus Buchwert zum 01. Jänner 2016 und dem Rückzahlungsbetrag zum Ausstiegszeitpunkt betrug 60,1 Millionen Euro. Wie aus den Rechnungsabschlüssen 2012 – 2015 ersichtlich, wurden ergebniswirksame Vorsorgen in Höhe von insgesamt 62,3 Millionen Euro getroffen. Die Ergebnisrechnung 2016 verbesserte sich daher um 2,2 Millionen Euro.

Frage vier:

Eine solche Feststellung findet sich nicht im Bericht des Rechnungshofes, vielleicht liegt hier eine Verwechslung vor.

Bei Frage fünf darf ich auf die Beantwortung der Frage eins verweisen.

Frage sechs:

Die in der Ergebnisrechnung des Landes Steiermark zu berücksichtigende Konvertierung von Franken in Euro wurde mit Beschluss des Landtages über den Rechnungsabschluss 2017, vom 4. Juli 2017, genehmigt.

Fragen sieben bis neun darf ich zusammenfassen:

Ich bin, und das ist ja hinlänglich bekannt, für vieles verantwortlich, aber diese Fragestellungen fallen jedoch nicht in den Aufgabenbereich meiner Ressorts.

Frage 10 – 14 darf ich ebenfalls zusammenfassen:

Ich habe Ihnen die gegenständliche Thematik umfassend und detailliert dargelegt. Es ist immer spannend für mich, dass Sie hier von Fakten reden, aber diese scheinen für Sie nicht gerade von höchster Bedeutung zu sein. Es gibt hier Fragen, die hier, also für mich mit dem

gegenständlichen Rechnungshofbericht, mit diesen darin enthaltenen Fakten nichts zu tun haben und ich werde mich daher im Interesse der Sache nämlich, und das ist für mich wirklich ein sehr ernstes Thema, auf diese teilweise sehr, sage ich einmal, Suggestivfragen und politisch/parteitaktisch motivierten Fragen hier nicht einlassen und ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.07 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu den beiden Dringlichen Anfragen und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder und Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Lambert Schönleitner von den Grünen.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (11.08 Uhr): Danke dir Frau Präsidentin, danke Herr Finanzlandesrat, lieber Anton, für die Beantwortung dieser beiden Dringlichen Anfragen. Wirklich neue Erkenntnisse haben deine Antworten nicht gebracht. Was mich wirklich stört, dass du der Opposition dann unterstellst, ihr habt das nicht angeschaut, ihr könnt nicht rechnen, das sind die Grundrechnungsarten, und dann gehst du her, du nämlich, *(Landesrat Mag. Drexler: „Ich habe aber auch gesagt, ihr seid kluge Köpfe.“)* hältst eine Tafel in die Höhe, die du wieder einmal, wie es auch schon beim Feinstaub war, ja, diese genau, selbstgeschnitzt hast und sagst uns, wir hätten nicht die richtigen Fakten. *(LTAbg. Schwarz: „Wenn du die zusammenzählst, was kommt dann heraus?“)* Ich habe die Tabelle genommen auf der Seite 82 des Landesrechnungshofberichtes ganz oben, wo der Bundesrechnungshof hergeht und die Geschäfte, und du hast natürlich alles über lange Zeit gerechnet, ist eh ein Wunder, dass du nicht bis zum Hugo von Montfort zurückgegangen bist in das 15. Jahrhundert, um das noch irgendwie schön darzustellen. Er war sogar, ich glaube, Landeshauptmann war er in der Steiermark, dann hätte es vielleicht noch ein bisschen besser ausgeschaut, aber das hat ja der Rechnungshof in dieser Tabelle genau nicht getan, der ist nämlich seriös gewesen. Wir haben ein gutes Verhältnis, ich darf dich beruhigen, zum Bundesrechnungshof wie zum Landesrechnungshof. Er ist ein Hilfsorgan der Parlamente, wobei mir der Begriff hier nicht gefällt, weil die machen wirklich tolle Expertisen, da passt Hilfsorgan nicht. Dieser Bundesrechnungshof, der uns unterstützt, der hat auf der Seite 82 in dieser Tabelle genau das Gegenteil, von dem du versucht hast darzustellen, getan. Deine Zahlen stimmen natürlich, mit diesem Nettogewinn, die du darstellst.

Aber so wie du es jetzt dargestellt hast auf der Tafel ist es falsch, weil das Problem und die Kritik im Rechnungshofbericht ist, dass nämlich der Rechnungshof in dieser Tabelle, Seite 82 ganz oben, sagt, Teilergebnis eins und Teilergebnis zwei (*Landesrat Anton Lang*: „*Du redest von ganz etwas anderem.*“) ja eh, natürlich, aber man kann alleweil alles so lange zusammenzählen, bis am Ende unten das herauskommt, was für mich angenehmer ist. (*Heiterkeit bei der SPÖ*) Der Rechnungshof (LTAbg. Karl Lackner: „Genau, was der Rechnungshof bestätigt hat.“), liebe Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, der Rechnungshof hat mit dieser Tabelle nämlich eines getan und das war grundvernünftig, er hat gesagt, wo ist die nähere Verantwortungszeit der Landesregierung und wo ist die lange Zeit der Frankenfinanzierungen? Natürlich, Kollege Deutschmann, hat es hier auch völlig richtig gesagt, geht es um die Frage, wann war der Zeitpunkt des Ausstieges? Ich habe da zuerst die Kursentwicklung gezeigt, auch nicht von mir, war ein Dokument von der Österreichischen Nationalbank, hätte man früher rausgeben müssen. Da sieht man, nämlich auf dieser Seite 82, dass hier an die 20 Millionen Euro in etwa, ein paar Hunderttausend auf oder ab, an Schaden bei diesem Nettoergebnis zwei entstanden sind. Jetzt kannst du natürlich noch sagen, aber finanzieren haben wir trotzdem müssen, (*Landesrat Anton Lang*: „*Aus den 84. Ich habe nichts anderes getan. Du musst die zwei zusammenzählen.*“) weil wir konvertieren haben müssen in einen anderen Eurokredit. Auch das hätte etwas gekostet, aber du weißt natürlich genauso wie ich, ich habe mir das mit mehreren Menschen angesehen, dass die Eurozinsen derzeit niedrig sind und dass es natürlich genau so nicht ist. Ich muss ehrlichen sagen, wenn du schon etwas in Höhe hältst, dann nimm bitte die Originaltabelle, die Medien können sich das gerne anschauen aus dem Rechnungshofbericht auf der Seite 82 (*Landesrat Anton Lang*: „*Ich habe es vereinfachen müssen. Du hast es nicht verstanden.*“) und sagt uns bitte hier im Haus nicht, es wäre alles falsch, was wir gesagt haben. Dann nimm halt diese Tabelle, dann hättest du gesehen, dass wir natürlich hier vollkommen korrekt und sachlich, basierend auf Basis des Rechnungshofberichtes vorgegangen sind. Ich darf vielleicht noch diesen Satz zitieren, ich glaube, das war auf der Seite 12, den du immer wieder ansprichst mit diesen 29 Millionen Zinsvorteilen und in der Höhe von 29,9 Millionen Euro steht da und den nächsten Satz hast du verschluckt, oder nicht mehr gesagt, das ist nämlich die Problematik, eine Kritik des Rechnungshofes unmissverständlich. Die Zinsvorteile wirkten sich jedoch monetär verteilt auf die jeweilige Liquidität im Zeitraum 1987 – 2015 aus, während die Steiermark den Kursverlust allein im Jahr 2016 realisierte.

Das ist die Auflösung. Deine 29 Millionen stimmen schon, wenn du weit genug zurückrechnest, aber die politische Frage, die Frage nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, die ist ja eine andere. Nämlich: Hat die Regierung in ihrer Verantwortungszeit es verabsäumt, aus den Frankenkrediten rauszugehen? Und das ist mit diesem Rechnungshofbericht belegt, der ist aktuell, das ist ein Bericht aus 2018 und nicht aus dem Jahre Schnee wie ihr versucht habt es darzustellen. Es ist ganz einfach nicht der Fall. Ich glaube, man muss sich auf Grund dessen, dass die Antworten vage bis oberflächlich bis für mich nicht ausreichend waren hergehen und muss sich diese Verträge, die es in der Frankenfinanzierung gegeben hat – wir machen es jetzt so, wie ihr sagt, wir schauen uns die bis 1970, 1980 in die Zeit an, wie es die ersten gegeben hat, diese Jahrzehnte, was da an Vereinbarungen wirklich gewesen ist. Was hat die Landesregierung vereinbart, wie oft kann man aussteigen, wie lange haben wir uns gebunden gehabt, das alles interessiert uns. Ich bin nämlich schon ein bisschen vorsichtig, wenn ihr sagt, das war ein externes Beratungsunternehmen, offenbar Hypo-Steiermark, sage ich jetzt einmal, ja war das, die euch diese Empfehlung gegeben hat. Das muss man sich nämlich schon ganz gut anschauen. Was ist da drinnen gestanden, war es erstens einmal korrekt in der Zeit, in der das gemacht wurde vom inhaltlichen her, ist das nachvollziehbar und was habt ihr eigentlich aus dieser Expertise seinerzeit abgeleitet? Am Ende werden wir sehen, wie es aussieht. Man kann jedes Rechnungsjahr hernehmen, betriebswirtschaftlich oder auch, weil wir ja da sind, volkswirtschaftlich betrachtet, ich kann sagen Zinsgewinn, Wechselkursverlust, wie hat es ausgeschaut? Wenn ich Striche drunter ziehe und schaue, wann war der Zeitpunkt des Ausstieges eigentlich so, dass es für die Steiermark vernünftig gewesen wäre. Weißt, am Schluss noch, weil ihr sagt, so schaut es aus, ihr könnt nicht rechnen. Ihr habt uns dreimal da herinnen gesagt, ich könnte dir die Zitate bringen, es waren SPÖ-Finanzreferentinnen und –referenten, es wird ein Nulldefizit kommen. Ich kann dir die Zitate bringen von Voves über Vollath über andere, gekommen ist es nie. Kickimmobilie schon genannt, eine gute Konstruktion. Die Botschaft war, für das Land war es schlecht. Die Pleitegemeinden, die Serien in der Steiermark, österreichweit beispiellos. Heute sagt ihr uns wieder, der Rechnungshofbericht wird falsch verstanden. Ich sage euch, er wird richtig verstanden. *(LTAbg. Karl Lackner: „Ja eh, richtig verstanden und richtig interpretiert.“)*

Er ist eindeutig und der Bundesrechnungshof hat hier sehr gute Arbeit geleistet, der hat der Steiermark den Spiegel vorgehalten, wie sie letztendlich sehr risikoreich und nicht zum Vorteil der Steuerzahler unterwegs war. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.15 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Dr. Werner Murgg von der KPÖ.

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (11.15 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Frau Landesrätin, geschätzter weiterer Landesrat, Landeshauptmann ist schon gegangen, er lauscht wahrscheinlich übers Internet, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Auch von unserer Seite einige Bemerkungen. Ich versuche jetzt wirklich, wir haben ja keine Dringliche Anfrage eingebracht, obwohl ich es für nicht schlecht finde, sage ich einmal, dass es heute diese Dringlichen Anfragen gegeben hat, aber ich versuche jetzt tatsächlich faktenbasiert zu argumentieren. Vorne weg muss ich sagen, das habe ich gar nicht gewusst, danke Herr Landesrat für diese Information mit gewissem Amusement vernommen, dass die FPÖ ja zweimal in der Landesregierung das mitbeschlossen hat, was sie heute Hochrisiko- oder Spekulationsgeschäfte nennt. Der geschätzte Abgeordnete Deutschmann hat ja aus dem Wirtschaftslexikon vorgelesen, wie gefährlich eigentlich solche Sachen sind. Das eine und das andere und ich muss sagen, ich habe auch mit einer gewissen Erheiterung in den letzten Tagen mitbekommen, dass die Stadtgemeinde Wien immer noch Frankenkredite hat. Die gehen natürlich auf eine Beschlussfassung zurück, wo die SPÖ noch unter sich war, aber der Grüne Finanzsprecher hat gesagt, der jetzige Grüne Finanzsprecher, die Stadt hat davon immer noch Vorteile *(Heiterkeit bei der SPÖ)*. Das weiß ich nicht, ob sie rechnen können, also, wenn ich mir das Budget der Stadtgemeinde Wien anschau, dann kommen da leise Zweifel auf, aber das gehört nicht in diesen Saal. Jetzt zwei Dinge, zu Ihrer Tafel und zu der Tafel, beide Tafeln sind natürlich richtig. Das, was Sie gesagt haben ist vollkommen korrekt und deswegen tut der Rechnungshof die Tafel teilen. Aber andererseits ist es natürlich auch korrekt, A und B zusammenzuzählen. Das ist für mich nicht die Frage. Im Übrigen geht das ja nicht bis 1987 zurück, sondern es gibt da eine Fußnote im Rechnungshofbericht, dass wir bereits 1979 zwar keinen Kredit, sondern eine Frankenanleihe aufgenommen haben, muss ich fast sagen, Gott sei Dank kommt der Rechnungshof ja noch einmal, weil das wird ja

weiterdiskutiert werden, wir sind ja nicht fertig geworden. Ich möchte eigentlich auch wissen, wie das damals ausgeschaut hat, plus/minus, weil wenn man zwar nicht bis zum Hugo von Montfort zurückschaut, aber bis 1979, vielleicht haben Sie dann 40 Millionen verdient oder nur 15 Millionen. Ich sage nur noch einmal, das ist für mich nicht die Frage. Die Frage ist für mich eine andere: Ist das Land berechtigt gewesen oder hat gut daran getan, derartige Fremdwährungskredite aufzunehmen? Da sagt der Rechnungshof und auch da gebe ich dem Landesrat recht, Sie verweisen auf das, wir haben das gemacht oder Sie haben es gemacht, Sie nicht, Ihre Vorgänger und Vorgängerin, weil wir eben Zinsgewinne lukrieren wollten und man in Franken günstiger verschulden konnte, als damals im Schilling und dann in Euro. Aber, was der Rechnungshof natürlich auch sagt, und ich habe das jetzt deswegen mitgenommen und ich muss es Ihnen noch einmal zitieren, weil auf diesem Ohr sind Sie taub, der Rechnungshof sagt natürlich, das kann man schon machen, aber dann muss man gewisse Begleitmaßnahmen treffen. Der Lambert Schönleitner hat es eh schon aus dem Kopf zitiert, ich möchte es Ihnen jetzt wirklich vorlesen, diese Begleitmaßnahmen haben Sie nicht gesetzt. Es steht auf Seite, auf diesen bekannten Seiten, wo es um die Fremdwährungskredite geht, von 1979 bis 1985 oder 1984, da heißt es: Der Rechnungshof bewertete kritisch, dass die Steiermark keine Absicherungsmaßnahmen in Bezug auf etwaige Zins- und Währungsrisiken getroffen hatte und fällig werdende Wechselkursverluste durch den Einsatz der Rollierungen in die Zukunft verschob. Ein Absatz weiter unten: Der Rechnungshof kritisierte weiters, also nicht der Rechnungshof lobte weiters, sondern kritisierte weiters, dass die Steiermark trotz bekannter Risiken aus den Fremdwährungsfinanzierungen sowie angesichts der negativen Kursentwicklung mehrere Jahre keine Maßnahmen zur Risikoreduktion setzte usw. und dann erst 2016 ausgestiegen ist. Das ist der Punkt, den wir, glaube ich, aus diesem Rechnungshofbericht ziehen müssen. Der Lambert Schönleitner hat dieses Beispiel mit der Zielscheibe gebracht, hat mir ganz gut gefallen. Natürlich kann man sagen, am Schluss ist es gut ausgegangen und wenn vielleicht der Kurs ein bisschen anders gewesen wäre, täten Sie jetzt nicht auf der Tafel 29,9 Millionen zeigen, sondern 30,6 Millionen, aber es könnte auch minus eins dort stehen, das ist der Punkt. Nicht umsonst haben wir heute im Landesgesetz verankert, dass die Sache verboten ist. Gott sei Dank ist es so, dass wir eben seit einem gewissen Zeitraum als Landtag Steiermark derartige Finanzgeschäfte nicht mehr machen dürfen. Wenn ich mir die Kursentwicklung anschau, im Nachhinein ist man immer gescheiter, aber man darf gescheiter werden, der Kollege Deutschmann hat einige Kurse zu gewissen Zeiten vorgelesen, dann sage ich Ihnen, wir wissen, wir haben natürlich beobachtet

oder Sie haben es gewusst, zwischen 2000 und 2008 war der Franken recht stabil, sage ich einmal, zwischen 1,45 und 1,60 und dann ist die Finanzkrise gekommen. Dann ist es mit dem Kurs, je nachdem ob man will, bergauf oder bergab, ich sage bergauf gegangen, weil der Franken natürlich gewaltig aufgewertet hat. Zuerst langsam aber stetig, ab 2011 ziemlich extrem auf 1,2, weil der Schweizer Nationalbank das dann unheimlich geworden ist, weil sie nichts exportieren können, dann haben sie das eine Zeitlang eingefroren und 2015 haben sie das, weil sie riesige Fremdwährungen schon angehäuft hatten, aufgegeben und dann ist es auf eins explodiert, auf die Parität, das war übrigens die Zeit, wo wir, Sie haben es heute gesagt, diese Dringliche Anfrage gestellt haben. Weil Sie sagen, Herr Landesrat, na gut, wir haben Experten gehabt und da hätten wir nicht aussteigen sollen, ich habe jetzt ein bisschen recherchiert, was den Häuslbauern geraten worden ist und da hat man bereits seit 2008 gesagt, liebe Leute, raus aus der Sache und die Finanzmarktaufsicht hat 2010 gesagt, diese Geschichten sollte man lassen und das werfe ich Ihnen und wahrscheinlich auch der Kollege Schönleitner und der Kollege Deutschmann vor, nicht was jetzt unter dem Strich rauskommt, das ist alles richtig, was Sie gesagt haben, bestreite ich gar nicht. Ich werde jetzt noch einmal schauen, was 1979 – 1987 war, einfach, weil es mich interessiert. Wir werden den nächsten Rechnungshof befragen, aber Sie haben sozusagen weiter spekuliert, weil Sie gehofft haben, irgendwie wird der Kurs wieder auf 1,4 oder 1,5 gehen. Da sage ich Ihnen, jeder der eins und eins zusammenzählen kann, weiß natürlich, dass nach dieser Finanzkrise, die ja immer noch nicht behoben ist, Schweiz sozusagen als eine Finanzoase, dieser Kurs überhaupt nie mehr..., ich weiß nicht, was in 50 Jahren ist oder in 60 Jahren, aber in absehbarer Zeit diesen gegenüber dem Euro niederen Kurs erreichen wird, sondern dass er sich eher in höheren Bahnen, jetzt 1,08, haben wir heute gehört, oder 1,09, bewegen wird. Das ist mein Vorwurf und auch, das, was der Rechnungshof sagt, keine Maßnahmen, keine Risikoaversen und Sie sind einfach nicht ausgestiegen, wo es Ihnen auch die Finanzmarktaufsicht gesagt hat, sondern Sie haben weiterspekuliert. Sie hätten im Übrigen, das weiß ich schon, von diesen Verträgen, wenn die Frau Präsidentin mich 2015 nicht angelogen hat, wo ich keinen Zweifel daran habe, dass das so war, ich habe mir diese Beantwortung jetzt angeschaut, alle drei Monate können wir aussteigen, haben Sie damals gesagt, so sind diese Verträge gemacht. Also man hätte ohne Weiteres die Finger davon lassen können und früher aussteigen können. Dann hätten Sie sich wahrscheinlich noch mehr gefreut, weil dann wären unten nicht 29,9 Millionen, sondern 40 Millionen gestanden. Das ist der Succus dieses Rechnungshofberichtes. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 11.25 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Klubobmann Stefan Hermann von der FPÖ.

LTabg. Mag. Hermann – FPÖ (11.25 Uhr): Herzlichen Dank Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, geschätzte Zuseher!

Lieber Herr Kollege Murgg, ich möchte nur eine Sache richtigstellen: Die FPÖ hat in der Regierung keine Hochrisikogeschäfte mitbeschlossen, sondern lediglich die Austrittsstrategie 2014, wie mit bestehenden Verbindlichkeiten auch umzugehen ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Unabhängig davon ist es Faktum, dass sich die Finanzreferenten der SPÖ in den letzten Jahren sich als Spekulanten betätigt haben. Es wurden Fremdwährungsdarlehen in Schweizer Franken aufgenommen und einigen Zinsgewinnen stehen natürlich massive Verluste gegenüber. Wie es halt, und das haben Spekulationsgeschäfte so für sich, einfach ist, kommt dann irgendwann einmal das böse Erwachen. Auf Grund der Eurokrise, der Eurotalfahrt, mussten im Jahr 2016 60 Millionen Euro auf einmal abgeschrieben werden. Diese vielgelobten errechneten Nettovorteile, die das Land hat, die hat man auf die ganze Laufzeit, nämlich 1987 – 2015 verteilt, Verlust von 60 Millionen wurde in einem Jahr schlagend, d.h., dieser Landtag, diese Landesregierung, wir hier alle, müssen die Verfehlungen der letzten Jahre ausbaden. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie sagten zu recht auch, im Nachhinein ist man immer gescheiter. Aus dem jetzigen Zeitpunkt hätte man gewisse Dinge anders beurteilt und es wären alle überrascht gewesen. Sie, geschätzter Herr Landesrat, Sie, meine Damen und Herren, sind eben kein Häuslbauer aus der Oststeiermark, der von irgendeinem Kredit überrascht wurde, für sich selbst sehr wohl ein Exit-Szenario überlegt hat, Sie sind die Landesregierung. Sie verwalten Steuergeld und hier ist ein besonderer Sorgfaltsmaßstab anzulegen. *(Beifall bei der FPÖ)* Wie nun der Rechnungshof berichtet hat, gab es Spekulationsverluste von 84 Millionen Euro. Lieber Herr Landesrat, das hat mir an Ihrem Taferl sehr gut gefallen, unabhängig davon, dass Sie dem Landtag auf polemische Art und Weise unterstellt haben, wir könnten nicht rechnen, mir hat gut gefallen, dass diese 84 Millionen das erste Mal auf Ihrer Tafel hier im Landtag auch Thema waren. Ich frage mich, warum war das so? Warum müssen wir erst aus dem Rechnungshofbericht erfahren, wie es aussieht? Genau um das geht es.

Es geht darum, die Sünden der Vergangenheit aufzuarbeiten. In diesem Zusammenhang muss ich Sie, geschätzte Frau Präsidentin, damals noch in der Funktion als Finanzlandesrätin, kurz noch einmal erwähnen, wie Sie am 13. Mai 2014 noch meinten, es gäbe einen Nettovorteil von 62 Millionen Euro für das Land Steiermark. Es wäre festzuhalten, dass der Zinsvorteil auch derzeit nach wie vor fünf Millionen Euro pro Jahr beträgt. Aktuell sprechen Sie, Herr Landesrat, nunmehr von 29 Millionen Euro Zinsgewinn. Gerade diese Aussagen der damaligen Finanzlandesrätin in den Jahren 2013, 2014 und noch 2015 kurz vor der Landtagswahl, die müssen aus heutiger Sicht kritisch neu beurteilt und bewertet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Genau um das geht es heute, auch wenn Sie, Herr Landesrat, bisher ein gutes Schulden- und Veranlagungsmanagement betreiben, dürfen der Finanzreferent Schickhofer und Finanzreferent Vollath nicht aus der Verantwortung genommen werden. Herr Landesrat, Sie haben heute über die Kursentwicklung der Schweizer Franken referiert und ich muss jetzt fragen, warum ist man nicht schon im Jahr 2011, 2012 ausgestiegen, hat sich ein Exit-Szenario überlegt, als der Kurs bei 1,2 lag? Das kritisiert auch der Rechnungshof, wenn er meint, obwohl die Defizite schon lange evident waren, die Fremdwährungsstrategie erst im Jahr 2014 entsprechend konkretisiert wurde. Weiterer Kritikpunkt, möchte ich noch einmal erwähnen, Rücklagen sind, wenn überhaupt, viel zu spät gebildet worden. Auch der Rechnungshof hält fest, dass vor dem Rechnungsabschluss 2015 lediglich 34 Millionen Euro an Rücklagen gebildet worden sind. Erst im Jahr 2015 wurde eine Rücklage in der Höhe von 28,3 Millionen Euro mit der bestehenden zusammengeführt. Kritikpunkte sind also, der ursprüngliche Abschluss eines Hochrisikogeschäftes mit Steuergeld, das Versäumen eine Exit-Strategie rechtzeitig zu erarbeiten, dem Landtag Informationen vorzuenthalten und die Warnungen der Opposition als Angst und Panikmache abzutun. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie haben in der Anfragebeantwortung auch gesagt, wir würden den Rechnungshof instrumentalisieren, wir würden nicht verstehen was der Rechnungshof in seinem Bericht tatsächlich meint. Ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben, schauen Sie heute einmal auf ORF.at, da werden die Aussagen der Rechnungshofprüfer, die gestern im Ausschuss getätigt worden sind, wiedergegeben. Die meinen dort, während der Laufzeit seien keine Maßnahmen zur Risikoabsicherung getroffen und fällig werdende Wechselkursverluste in die Zukunft verschoben worden. Erst im Jahr 2014 hatte das Land seine Fremdwährungsstrategie näher konkretisiert. Diese sei aber hauptsächlich auf eine Erholung des Wechselkurses aufgebaut gewesen.

Die Strategie sei deswegen auch nur eingeschränkt gewesen, heißt es heute auf ORF.at, Zitat eines Rechnungshofprüfers. Sie sehen also, die heutige Sondersitzung... (LTabg. Schwarz: „Das haben Sie gestern nicht gesagt. Warum haben Sie das gestern im Ausschuss nicht gesagt. Das haben Sie nicht gesagt.“) Auf ORF.at nachzulesen. Sie sehen also, die heutige Sondersitzung ist mehr als gerechtfertigt gewesen. (Beifall bei der FPÖ) Es ist die Pflicht der Opposition (LTabg. Schwarz: „Warum haben Sie es im Ausschuss gestern nicht gesagt.“) – auf ORF.at haben sie es heute gesagt, Kollege Schwarz (LTabg. Schwarz: „Aber gestern im Ausschuss haben Sie es nicht gesagt.“ – Unruhe bei der FPÖ – LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Was soll das jetzt?“ – LTabg. Dipl.-Ing. Staller: „Das kann nicht im VD stehen.“) Was soll das jetzt? (Unruhe bei der FPÖ und SPÖ – Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte den Herrn Abgeordneten mit seiner Wortmeldung fortzufahren.“) Ich bitte Sie für Ruhe sorgen und den Klubobmann Schwarz darauf hinzuweisen, dass ich gerne meine Wortmeldung beenden würde. (Beifall bei der FPÖ - Präsidentin Dr. Vollath: „Geschätzter Herr Abgeordneter, ich habe damit zum Ausdruck gebracht, dass Sie am Wort sind. Bitte schön.“) Wie auch immer. Es ist Pflicht der Opposition, die Regierung zu kontrollieren, es ist unsere Pflicht, politische Verantwortung auch festzumachen und es handelt sich wie zuvor erwähnt, um Hochrisikogeschäfte mit Steuergeld, wo genau hinzusehen ist. Was ich so nicht hinnehmen werde ist, dass Sie, Herr Landesrat, sieben Fragen unserer Dringlichen Anfrage einfach zusammenfassen. Sie sind parteipolitisch motiviert, die beantworten Sie nicht, das mag vielleicht hier am Pult so sein. Wir werden diese Fragen schriftlich auch nachreichen, dann haben Sie zwei Monate Zeit, die entsprechend zu beantworten und ich freue mich schon darauf. (Beifall bei der FPÖ) Spannend, bezeichnend, traurig ist, dass sich die Regierungsparteien hier im Landtag nicht an der Debatte beteiligen. Ist keine Sternstunde des Parlamentarismus, werden wir auch entsprechend beurteilen und werden auch die Wähler entsprechend beurteilen. (Beifall bei der FPÖ) Bei aller künstlicher Empörung und bei allen permanenten Zwischenrufen da von linker Seite, müssen Sie heute nicht uns, der Opposition, erklären, was passiert ist. Sie müssen den Steirerinnen und Steirern erklären, warum Sie mit dem Spekulantentum mit dem Steuergeld nicht früher aufgehört haben, früher ein Ende gesetzt haben und dadurch dem Steuerzahler einen Schaden erspart hätten. Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche einen schönen Krampustag. (Beifall bei der FPÖ – 11.33 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Dipl.-Ing. Lara Köck von den Grünen.

LTabg. Dipl.-Ing. (FH) Köck – Grüne (11.34 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Herren Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende heute!

Den Vorwurf der Inszenierung, Herr Landesrat, der kommt immer wieder. Bei jeder Dringlichen, die wir einbringen, werfen Sie uns parteipolitisches Kleingeldmachen vor und, dass es nur eine Inszenierung ist. Aber Sie sind heute dagestanden mit einer Tafel in der Hand, also Sie benutzen sich dieser Inszenierung genauso. Es war ein wunderschönes Taferl, ich weiß. Von dem her ist es natürlich unser legitimes Mittel, auch diesen Sonderlandtag hier zu nutzen, um darüber zu diskutieren, wie das jetzt wirklich genau war mit diesen Gewinnen, Verlusten oder konjunktiv, Spielchen quasi. Sie haben es doch auch selbst gesagt in Ihrer Wortmeldung, Herr Landesrat: „Jeder Fremdwährungskredit hat ein Marktrisiko“. Der Satz ist genau der Grund warum wir heute da diskutieren. Weil wir das halt näher beleuchten wollen. Weil genau in diesem Satz drinnen steckt, dass es eine Spekulation war. Es mag vielleicht aus Ihrer Sicht, wie Sie es veranschaulicht haben mit Ihrem Taferl, so sein, dass es diesmal ganz gut ausgegangen ist mit dem 30 Millionen Nettogewinn. Jede einzelne Zahl, die wir heute gehört haben, ist Faktum und steht genauso in einem Bericht. Also, es hat hier niemand irgendetwas erfunden. Es ist eine Tatsache, dass solche Geschäfte risikoreich sind. Dass auch dieses Geschäft risikoreich war. Dass hier Steuergelder für Spekulationen genutzt wurden und Spekulationen, die bringen es mit sich, dass es eben niemand weiß, wie es ausgeht. Mal geht es gut aus, mal geht es schlecht aus. Und so ein Umgang mit Steuergeld ist mir halt wirklich zuwider. Und damit bin ich nicht alleine. Wir dürfen mit Steuergeld nicht spekulieren. Das hat ja auch die Landesregierung dann so erkannt und 2014 den Beschluss gefasst, das nicht mehr zu tun. Aber, wer würde das heute noch machen? Das Sparbuch oder das Ersparte für die Tochter, das quasi auf die Seite gelegt ist, um damit irgendwann einmal vielleicht die Uni oder so zu finanzieren, wer würde das nehmen und veranlagern in einem Hoch-Risikogeschäft. Das würde doch niemand da herinnen machen. Dementsprechend ist es auch gut, dass die Landesregierung 2014 beschlossen hat aus den Fremdwährungskrediten auszusteigen und so etwas in Zukunft nicht mehr zu machen. Und ein Satz noch, Herr Landesrat, Sie haben vorher auch das Zitat gebracht: „Wir sind ja alle überrascht worden von der Finanzkrise 2008, von dem großen Crash“. Ja, natürlich, jeder, weil halt niemand das prognostizieren kann, weil niemand eine Glaskugel zuhause hat, wo drinnen steht, wie sich die ganze Markt- und Weltwirtschaft etc., entwickelt.

Aber warum vertraut man dann der Expertise, auf die Sie hingewiesen hat, wo ja 2015 vierteljährlich ein Bericht abgeholt wurde, der quasi eine positive Prognose in Aussicht gestellt hat, warum glaubt man denn das noch? (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Weil da die Experten waren!“*) Wenn wir wissen, Sie haben ja auch den Crash vorausgesehen, es hat doch immer diese Prognose, wie wenn man in eine Kristallkugel schaut. Völlig wurscht, also warum soll die Prognose 2008 einen anderen Wert haben wie 2015. Insofern bin ich froh, dass sich der Umgang mit Steuergeld in der Steiermark in der Zukunft hoffentlich verändert, aber es ist trotzdem unser gutes Recht, dass wir hier heute ausführlich darüber diskutieren und da geht es nicht um Skandalisierung. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 11.38 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Mag. Alexandra Pichler-Jessenko von der ÖVP.

LTabg. Mag. Pichler-Jessenko – ÖVP (11.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauerrinnen und Zuschauer! Ich gebe dir recht, Lara, auch ich bin froh, dass wir das hier herinnen diskutieren können und, ich glaube, auch darlegen können für die Menschen da draußen. Es war für mich auch gestern ein sehr interessanter Ausschuss, Kontrollausschuss, wo auch der Rechnungshof, ich glaube, sehr klargestellt hat um was es hier geht. Bevor ich jetzt meine eigenen Worte dazu bringen möchte, möchte ich auf die Vorredner ein bisschen eingehen. Gerald, du hast gesagt, und die Lara hat sich dem angeschlossen, „es ist die Rede von einem hoch riskanten Spekulationsgeschäft“. Der Herr Landesrat für Finanzen hat es heute schon gesagt, wir haben seit 2007 Derivate- und Swapgeschäfte verboten. Das sind z.B. hoch riskante Spekulationsgeschäfte. Hoch riskant wäre es auch z.B. auf den schnellsten Windhund in einem Hunderennen zu setzen, wo man nie weiß, wie dieses Rennen letztendlich ausgehen wird. Was ist ein Frankenkredit? Ich glaube, jeder der hier herinnen sitzt, hat das Wort Frankenkredit schon einmal gehört oder hat Bekannte, die einen Frankenkredit für ihre Häuslbaueraktivitäten, für den Wohnungskauf usw. aufgenommen haben. Es ist eine Fremdwährungsfinanzierung, die eher, wenn Sie es nachlesen, als konservativ zu bezeichnen ist und das Ergebnis, und ich glaube, das war auch gestern das Ergebnis im Kontrollausschuss, ist eben kein Verlust – das mag Sie jetzt betrüben, dass da jetzt kein Verlust rausgekommen ist -, sondern es ist ein echter Gewinn, also ein Zinsgewinn, ein Vorteil für das Budget von 29,9 Millionen. Lambert, zu dieser Taferl- bzw.

Tabellendiskussion, es ist diese besagte Tabelle auf Seite 82 im Rechnungshofbericht. Auch das haben wir ja gestern drüben gefragt, warum diese Darstellung quasi in zwei Tranchen, was sicher verwirrend ist, da kann man jetzt pro oder kontra zu diesem Bericht stehen, ist, dass am Schluss, also, wenn man das ganz neutral liest, dass am Schluss nicht als Ergebnis die 29,9 Millionen Zinsvorteil stehen. Aber warum hat das der Rechnungshof in zwei Teile geteilt? Auch das steht klar da, nämlich mit diesem Hochzeichen. Bei Hoch 1, das war diese Periode, die vorher besprochen wurde von 1987 bis 2011, das entspricht dem Zeitpunkt der letzten Rollierung. Also, das war der Grund, warum man zuerst diese Periode betrachtet hat. Nicht, weil dort höhere Zinsvorteile waren. Und die zweite Periode hat dann begonnen, da ist Hoch 2, entspricht dem Zeitpunkt der Tilgung. Also, das war einmal der Grund dieser Darstellung. Nicht weil es die erste Zeit mehr Zinsvorteil gegeben hat und die zweite weniger. Das hat mit der Rollierung zu tun und mit der Auflösung. Und noch einmal bitte, meiner Meinung nach, aber, wenn man es richtig liest versteht man es auch so, sollten eigentlich unten der Zinsvorteil mit den 29,9 stehen. Und Lambert, ja wann war der richtige Zeitpunkt? Ich glaube, wenn das irgendwer gewusst hätte, ich habe einige Freunde, die über den Frankenkredit finanziert haben, die mit unterschiedlichen Hausbanken gearbeitet haben und die zu unterschiedlichen Zeitpunkten ausgestiegen sind. Also rein von der privaten Seite her zu sagen, der richtige Zeitpunkt war dann, dann, dann. Wenn jemand das damals hätte sagen können, der wäre reich geworden mit dieser quasi Vorhersage des richtigen Ausstiegszeitpunktes. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Der Dr. Murgg, Werner, ich glaube, du hast das verstanden, du hast das sinnerfassend heute auch hier für mich wiedergegeben, dass eben diese Tabelle im Grundsatz richtig ist. Also das ist kein Verlust. Das sind diese 29,9 Millionen. Du hast dann in deiner immer sehr guten Vorbereitungsart auch sehr gut dargelegt, wie dieser Verlauf des Frankenkurses war und hast auch diesen Zeitpunkt 2011 hier heraußen gebracht, nämlich die Stützung durch die Schweizer Nationalbank ab 2011. Und wieder, zu diesem Zeitpunkt damals hat keiner damit rechnen können, dass es im Jänner 2015 tatsächlich zum Ausstieg kommt und diese Stützung aufgegeben wurde. Und deswegen hat ja auch dann mit Jänner 2015, auch das ist hier heraußen schon gefallen, ein vierteljährlicher Risikobericht durch einen externen Finanzexperten stattgefunden, bitte durch wen sonst, ist dann sozusagen vierteljährlich an die Landesregierung berichtet worden und auch darin, auch das habe ich mir durchgelesen, konnte kein negativer Ausblick nachhaltig begründet werden.

Und irgendwann muss man halt dann entscheiden und muss man auch diesen Finanzexperten vertrauen und sagen: „Wir bleiben zu diesem Zeitpunkt mit einer vierteljährlichen Vorausschau in dieser Finanzierung drinnen“. Weil, was wäre passiert, ich weiß ja nicht, das sind die selbsternannten Broker, der Gerald Deutschmann hat ja auch so börsenaffin gesprochen, Lambert, du auch. Ja, im Nachhinein ist man immer gescheiter. Wenn man damals gewusst hätte, was kommt auf uns zu, im Nachhinein könnte man jetzt sagen, wann war der bestmögliche Zeitpunkt, dass dann hier in dieser Tabelle, weiß ich nicht, 40 Millionen Zinsgewinn stehen, 69 Millionen Zinsgewinn stehen. Ja, aber das können wir nur im Nachhinein sagen. Und bitte schön noch einmal, nicht das Land hat hier spekuliert. Tausende Häuslbauer über Österreich, in der Steiermark, Wohnungskäufer, andere Menschen, haben mit dieser konservativen Fremdwährungsfinanzierungsform ihre Kredite mit einem Zinsvorteil sozusagen gemacht. Gut, jetzt habe ich meine Karterln abgearbeitet, jetzt darf ich zu meinen eigenen Ausführungen und meiner eigenen Wahrnehmung kommen. Ich war gestern im Kontrollausschuss und konnte erstmalig auch direkt im Rechnungshof dort eine Frage stellen und ich glaube, dass der Rechnungshof dort drüben sehr klare Antworten gegeben hat, sehr neutral, wie es natürlich auch sein sollte. Das Wort „unverantwortlich“ habe ich nicht gehört, Gerald. Also, ich habe nicht gehört, dass der Rechnungshof drüben, bitte man kann das gerne ausheben lassen, in einer Fragebeantwortung gesagt hätte, korrigiert mich, wenn das nicht so war, wir hätten unverantwortlich gehandelt. Der Rechnungshof hat sehr neutral diese Tabelle erklärt und das war für mich eigentlich auch klar. Fazit ist, und auch dem wurde nicht widersprochen, weil auch das war die Frage drüben. Es steht jetzt ein Gewinn, ein Zinsgewinn, ein Zinsvorteil und kein Verlust für das Land Steiermark und somit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Raum, und sonst gar nichts. Also, wir haben keinen Verlust! Die Rechnung, glaube ich, muss ich jetzt nicht noch einmal vollziehen. Spannend ist schon, ich habe ein bisschen das Gefühl gehabt, diese Skandalisierung, weiß ich nicht, „abzocken“ und „spekulieren“, ist zu einem Zeitpunkt an die Medien gegangen, wo vielleicht der Rechnungshofbericht noch nicht so genau gelesen war oder gelesen worden ist. Ich meine, Fazit noch einmal, es haben ja lustiger weise auch wenige Medien, ich sage jetzt einmal, ein Medium hat es besonders aufgegriffen, die anderen Medien haben ja grundsätzlich auch neutral von diesem Zinsgewinn berichtet. Der Schwenk heute ist schon erstaunlich. Jetzt ist es ein Gewinn, schaut vielleicht auch nicht gut aus, jetzt fangen wir wieder mit der Spekulation an. Gerald, du hast vorhin nicht zugehört, ich glaube, eine Spekulation ist etwas anderes. Eine Spekulation ist ein Derivatgeschäft, ist ein Swap, ist ein Zocken in einem

Hunderennen, aber kein Fremdwährungskredit. Warum haben wir in Schweizer Franken finanziert? Ich darf das noch einmal wiederholen, weil das dann immer im allgemeinen Tumult untergeht. Die Investition in Schweizer Franken lag in den Zinsvorteilen gegenüber der inländischen Währung. Und das Positive ist, brauchen wir jetzt nicht mit dem Landeshaushalt vermischen, dass wir dadurch die Zinsbelastungen für das Land geringhalten konnten. Also, das ist eine Tatsache. Das Verhältnis Schweizer Franken zum DM oder zum Schilling war auch in weiterer Folge über Jahrzehnte konstant. Noch einmal, der Schweizer Frankenkredit, ich glaube, man kann es nicht oft genug sagen, ist eine konservative Fremdwährungsfinanzierungsform. (*LTabg. Schönleitner: „Das sagt weder die Nationalbank noch die Finanzaufsicht!“*) Oh ja, deswegen wiederhole ich es. Genau deswegen haben es Häuslbauer, die ja nicht Feind ihres Geldes sind, auf Anraten ihrer Bank auch benutzt. Und jetzt darf ich euch zum Schluss noch, leider ist jetzt die Redezeit um, ich komme jetzt zu meiner Rede nicht mehr, noch zwei Beschlüsse nennen. Wir haben hier einstimmig – das ist heute noch nicht gefallen, bitte zuhören, Werner, auch du hast das nicht gefunden – am 15.02.2011 einen Rechnungshofbericht beschlossen, in dem Folgendes steht: „Der Rechnungshof hält fest, dass Fremdwährungsfinanzierungen grundsätzlich unter Einhaltung nachstehend angeführter Rahmenbedingungen geeignet sind, dass Schuldenportfolio zu optimieren. Der Rechnungshof hielt die Aufnahme“, (*LTabg. Dipl.-Ing. Deutschmann: „Nur zur Kenntnis genommen“* – *LTabg. Klimt-Weithaler: „Den Bericht nimmt man zur Kenntnis!“*) bin gleich fertig, „von Fremdwährungsverbindlichkeiten für zulässig“, und jetzt kommt es, für die selbsternannte Wirtschaftspartei, nicht nur hielt er die Aufnahme für zulässig, sondern „gegebenenfalls für wirtschaftlich sinnvoll“. Und mit diesen 29,9 kann ich heute hier mit Fug und Recht behaupten, dass wir wirtschaftlich sinnvoll, auch im Sinne des Rechnungshofs, gehandelt haben. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.49 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Hannes Schwarz von der SPÖ.

LTabg. Schwarz – SPÖ (11.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor Ihnen steht ein Spekulant! (*Landesrat Mag. Drexler: „So schaut der aus!“*) Wie ich ein Spekulant bin, gibt es im ganzen Land Steiermark, österreichweit viele Spekulantinnen und Spekulanten, die keine Spekulanten sind.

Weil, wie die Frau Kollegin Pichler-Jessenko das bereits richtig ausgeführt hat, vor einigen Jahren war das eine konservative normale Veranlagungsform, dass man über Schweizer Frankenkredite sich finanziert. Und genau wie Tausende Steirerinnen und Steirer, Österreicherinnen und Österreicher, habe auch ich das gemacht. Das war eine normale Anlegeform und dann war die Frage, wann steigt man aus diesem Schweizer Frankenkredit. Dann gibt es da verschiedene Parameter, die man sich anschauen muss. Die einen haben es so gemacht, die anderen so. Ich muss zugeben, ich bin noch immer in 100 % Schweizer Franken, (*LTabg. Schönleitner: „Bravo!“*) weil ich noch immer der Meinung bin, es ist finanziell sicherer oder langfristig besser angelegt. (*LTabg. Schönleitner: „Der war gut!“*) Also insofern, hier, ja Lambert, du und Finanzen, das passt halt nicht zusammen. Was soll man machen. (*LTabg. Mag. Hermann: „Aber die SPÖ!“*) Aber jedenfalls, wie es die Kollegin Pichler-Jessenko ausgeführt hat, ist das eine ganz normale Veranlagungsform und wenn da jetzt von Spekulation und das mit Derivat- und Swapgeschäften vergleicht, hat das eine mit dem anderen nichts zu tun, also beruhigen Sie sich, das war eine normale Veranlagungsform und die Frage des Ausstiegs ist eine Frage. Aber insgesamt hat das Land Steiermark 29,9 Millionen Euro Gewinn gemacht und auf das kommt es an, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*). Und das hat im Übrigen der Bundesrechnungshof gestern auch im Ausschuss sehr klar zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, dem Lambert Schönleitner ist etwas passiert: Er hat sich diese vielzitierte Tabelle auf Seite 82 angeschaut und als gelernter Finanzwissenschaftler hat er sich immer die letzte Zahl angeschaut. Und bei der letzten Zahl, und bei der letzten Zahl steht -84,0. Dann hat sich der Lambert Schönleitner gedacht, wenn die letzte Zahl -84,0 ist, dann machen wir einmal eine Dringliche. Das Problem ist, nach dem er die Dringliche jetzt eingebracht hat, hat er sich die Tabelle noch einmal angeschaut und hat sie vom Rechnungshof noch erläutert bekommen. Dann hat sich der Lambert Schönleitner gedacht: „Was mache ich jetzt? Jetzt habe ich mir die Tabelle genau angeschaut, kommt ein Gewinn von 29,9 Millionen Euro raus. Was mache ich jetzt mit meiner Dringlichen?“ Und jetzt hat er überlegt, wie kann er da vorgehen. Und jetzt hat er auf einmal eine andere Argumentation, weil jetzt geht es ihm um die Spekulation an sich und nicht um den Verlust. Also, lieber Lambert Schönleitner, vielleicht kannst du für die Zukunft auch aus dieser Debatte etwas Gutes mitnehmen. Lies jede Tabelle genau nach und schau nicht immer nur auf den Schluss, lieber Kollege Lambert Schönleitner, dann ersparen wir uns solche heutigen Debatten.

Weil in Wahrheit geht es darum, wir haben 29,9 Millionen für die Steirerinnen und Steirer, für das Landesbudget erwirtschaftet. Insofern ist das ein guter Tag für die Steiermark, liebe Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und noch eines, weil so viel über den Rechnungshof heute gesprochen wird, was der Rechnungshof denkt, was der Rechnungshof meint und der Lambert interpretiert in diesen Rechnungshofbericht seine Sicht der Dinge hinein, und die FPÖ hat offenbar Ausschussäußerungen des Rechnungshofs hier zitiert - meines Erachtens darf man aus Ausschüssen gar nicht zitieren, *(LTAbg. Mag. Hermann: „Es hat keiner ein Zitat weitergegeben!“)* aber das müssen Sie mit sich selbst ausmachen – und Zitate weitergeben. *(LTAbg. Mag. Hermann: „Bleib bei der Wahrheit!“)* Ich ersuche in Zukunft wenigstens Zitate weiterzugeben, die authentisch sind, die stimmen. Weil der Rechnungshof hat das gestern gesagt, was Sie da im ORF zitiert haben. Aber sei es drum. Die einzige authentische Interpretation des Rechnungshofs, sprich die einzige direkte Rede, die ich zu diesem Thema gefunden habe, war auf ORF on, ich glaube, das war am Mittwoch, dem 28. November 2018, da sagt der Bundesrechnungshof auf ORF on – ich zitiere: „Auch aus dem Bundesrechnungshof hieß es am Mittwoch“, und jetzt hören Sie genau zu, „Man verstehe die Aufregung nicht, denn unter dem Strich seien die Zinsgewinne von 29,9 Millionen über die gesamte Laufzeit gerechnet, höher als die Kursverluste“. Das ist das einzige authentische Zitat des Bundesrechnungshofs, der sagt, der versteht die Aufregung der Grünen nicht, er versteht die Aufregung der Blauen nicht, weil er der Meinung ist, der Bundesrechnungshof, dass es unter dem Strich einen Gewinn von 29,9 Millionen Euro gegeben hat. Also insofern, wenn der Bundesrechnungshof die Aufregung nicht versteht, dann verstehe ich nicht, warum Sie sich aufregen. Also, das ist eine künstliche Geschichte. Und zum Schluss möchte ich noch sagen, es könnte ja sein, Lambert, Europawahlen stehen vor der Tür. Habe ich jetzt irgendwo gehört. Es gibt eine Spitzenkandidatin der Sozialdemokratie, da hat der Lambert gedacht, da können wir was draus machen. Das ist ja eine Überlegung. Also insofern, hat er dann eher einen Patschen erlitten, weil ich kann nur sagen: Unsere Finanzlandesrätinnen in den letzten Jahren, unsere Steiermärkische Landesregierung, haben verantwortungsvoll gehandelt, haben für das Land Steiermark verantwortungsvoll gehandelt und dafür gilt Ihnen zu danken und Sie nicht zu kritisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* In diesem Sinne, Tabellen gescheit lesen, Grundrechnungsarten lernen, dann ersparen wir uns solche Sitzungen. Ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.55 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Dr. Werner Murgg von der KPÖ.

LTabg. Dr. Murgg – KPÖ (11.55 Uhr): Entschuldigung, ganz kurz. Zum Kollegen Schwarz fällt mir jetzt nichts ein, (*allgemeine Heiterkeit*) aber zur Kollegin Pichler-Jessenko möchte ich doch was sagen. Ich widerspreche dir ungern, aber das möchte ich nicht so im Raum stehen lassen. Nämlich, die KPÖ oder der Werner Murgg ist auch für Währungsspekulationen oder für Frankenkredite, weil wir vor, weiß nicht vor welcher Zeit, einen Rechnungshofbericht beschlossen haben, wo das drinnen steht. Erstens, beschließen wir keine Rechnungshofberichte, sondern nehmen sie zur Kenntnis, und zweitens, wenn du aufgepasst hast, woran ich nicht zweifle, dann habe ich das, was in diesem alten Rechnungshofbericht steht, es steht im Übrigen im neuen auch, dem Finanzlandesrat Lang zugestanden, dass ich natürlich weiß, das ist ja nicht der Punkt, aber sowie man beide Tabellen übereinander legen kann, dann hat er und er hat recht, so muss man auch die beiden Rechnungshofberichte übereinander legen und man kann das Kritische, was drinnen steht, nicht ausblenden. Das ist der Punkt, mehr wollte ich nicht sagen. (*Beifall bei der KPÖ – 11.57 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist nochmals Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTabg. Schönleitner – Grüne (11.57 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Alexandra Pichler-Jessenko!

Ich schätze dich sehr, weil du bist sicher kompetent in dem Bereich, aber eines hat ganz einfach nicht gestimmt. Du hast jetzt Frankenkredite als konservative Finanzierungs- und Veranlagungsformen dargestellt. Das stimmt nicht. Sowohl die Finanzmarktaufsicht als auch die Österreichische Nationalbank sind klar, darf zitieren aus einem Papier, Nationalbank: „Ein Fremdwährungskredit ist ein Spekulationsgeschäft mit hohen Risiken“. Definiert klar. Ich kann doch nicht hergehen als Wirtschaftssprecherin der ÖVP und sagen: „Das war ja eh konservativ“. Es war genau ab dem Zeitraum, wie es unrund geworden ist, also das war das erste Mal, das weißt du ja, in der Wirtschaftskrise 2007/2008 schon einmal die Frage, auch da sind schon manche herausgegangen, noch nicht alle, aber spätestens 2010/2011 war es klar, und wir hören ja von der Frau ... (*Landesrat Mag. Drexler: „2007 hatten wir noch keine Krise“*) 2008, habe ich gesagt. (*Landesrat Mag. Drexler: „Nein, 2007!“*) 2007/2008 da hat

sie sich angebahnt, kann man sagen, aber 2008, stimmt, 2008 ja haben Sie recht, grundsätzlich war das die Krise, da hat es schon Fragen gegeben bezüglich der Fremdwährungsfinanzierungen. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Aber damals, Lambert, haben wir keinen neuen mehr aufgenommen!“*) Aber dann 2010/2011 war es klar, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Damals war es eine normale Finanzierungsform!“*) war es klar, du kannst dich dann eh noch einmal melden, ich will dir nur was sagen, wie ich es sehe, war es klar, es wird ein Risiko. Darum kann ich nicht sagen, dass das zu dem Zeitpunkt eigentlich völlig konservative Finanzierungsformen waren. Das stimmt so nicht und der Rechnungshof, zweiter Satz noch dazu, auch sachlich begründen noch einmal, hat natürlich in seinem Bericht diese Teilung der beiden Zeitabschnitte, chronologisch hintereinander, vielleicht auch wegen der Rollierung, weil das der Termin war ,vorgenommen, wie du richtig gesagt hast, aber das viel Wesentlichere ist ja nicht, hat das der Rechnungshof von sich aus gemacht, weil er das so darstellen wollte oder wegen der Rollierung, sondern, wenn man genau die zwei Teile, nämlich diesen Teil, dieses Teilnettoergebnis 1 anschaut, mit 112 Millionen Zinsgewinn, mit Kursverlust von 61 Millionen bis hin zum Jahr 2011, dann bleibt unter dem Strich ein Ergebnis über von 50 Millionen plus. Und im zweiten Teil Nettoergebnis, und ich sage es euch, um das geht's ja und das lässt ihr unter den Tisch fallen, schaut es genau anders aus. Da habe ich einen Zinsgewinn gehabt ab 2011 von 1,6 Millionen, das ist die Originaltabelle im Rechnungshofbericht und einen Kursverlust von 22 Millionen. Darum sagen wir, und das ist der Vorwurf, diese 20 Millionen sind natürlich in einer Zeit Verlust entstanden, (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Hätt' i, war' i!“*) wie wir grundsätzlich schon, und das ist glaube ich wichtig, aus diesen Fremdwährungsfinanzierungen herausgehen hätten können. Und natürlich, das hat der Kollege Deutschmann eh schon gesagt und ich glaube, auch der Dr. Murgg von der KPÖ, ist es für die öffentliche Hand die Frage, welches Risiko gehe ich ein? Ja, wenn das heute ein Privater ist kann er sagen: „Für mich gehe ich das Risiko ein“. Wir müssen besonders vorsichtig sein, und das ist uns ja in diesem Rechnungshofbericht mehr als nahegelegt worden. Und darum gibt es ja diesen Satz im Rechnungshofbericht: „Trotz bekannter Risiken“, der steht ja drinnen, ich habe ihn zuerst original zitiert, jetzt sage ich ihn sinngemäß, „ist die Steiermark in diesen Finanzierungen drinnen geblieben“. Das muss man sagen. (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Weil das von den Finanzexperten gekommen ist!“*) Eigentlich sind wir sachlich komplett an den Fakten des Rechnungshofberichtes geblieben und es ist die Aufgabe, wenn so ein Bericht vorliegt, das zu hinterfragen. Die Antworten waren heute aus meiner Sicht nicht so wie ich mir das erwartet hätte. Wir werden uns das

weiter noch einmal anschauen. Ich möchte aber abschließend noch an eines erinnern bzw. an eines aufmerksam machen. Der Herr Landesrat hat gesagt: „Jetzt sind wir ja draußen“. Finanzierung, Budgetgestaltung in der Steiermark bestimmt ja, das ist gut so, aber ich möchte nur den Maßnahmenbericht doch zitieren, den wir ja demnächst auch behandeln werden, ich glaube bei der nächsten Sitzung, wo der Landesrechnungshof, und dafür bin ich ihm sehr dankbar, sogar noch einmal gesagt hat in einem Maßnahmenbericht, nämlich, das steht unter Punkt 4.2, ich zitiere: „Fremdwährungsaktien sowie Optionsgeschäfte stellen aus Sicht des Landesrechnungshofes für das Land Steiermark auf Grund seiner Aufgaben- und Geschäftsstruktur keine notwendigen Transaktionen dar“. Und dann kommt die Empfehlung des Landesrechnungshofes, die ist interessant: „Der Landesrechnungshof empfiehlt daher, für die Abwicklung derartiger Geschäfte anstelle des derzeitigen Gebotes“, weil wir haben bisher ein Gebot gehabt quasi, „die Hintanhaltung einer solchen Investition“, empfiehlt er ein grundsätzliches Verbot in die STVOFG aufzunehmen. „Strategische Beteiligungen des Landes, wie z. B. jene der Energie Steiermark sind von dieser Empfehlung auszunehmen“. Warum sage ich das jetzt? Weil, das Lob ist schon okay, dass man sagt, die Regierung ist irgendwann ausgestiegen, aber der Landesrechnungshof hat sogar noch jetzt darauf hingewiesen in einem Maßnahmenbericht, „wir müssen aus diesem Gebot ein Verbot machen“. Was absolut richtig ist und wichtig ist, aber das zeigt auch, dass offenbar die Sensibilität der Landesregierung halt doch nicht die allergrößte war. Und mich irritiert wirklich, wenn dann wer hergeht, wie die ÖVP, in dem Fall die Wirtschaftssprecherin und sagt: „Das war nicht hoch Risikogeschäft“. Das steht fest. Seit 2011 hätten wir herausmüssen, dann hätten wir dem steirischen Steuerzahler etwas erspart und die Gesamtdarstellung über die Laufzeit, der Dr. Murgg hat es oft gesagt, da kann ich den Nettovorteil darstellen, das stimmt, aber politisch ist die Frage zu stellen, was wäre ab welchem Zeitpunkt zu tun gewesen? Denn über einen langen Zeitraum zu blicken und dann zu sagen: „Es ist eh nichts passiert“, obwohl ausgerechnet der letzte Teil problematisch und äußerst risikoreich und zum Nachteil der Bevölkerung war, dann ist das aus meiner Sicht genau das nicht, was Landesparlamente tun sollten, nämlich die Zweckmäßigkeit und sparsame Finanzgebarung eines Landes sicherzustellen. Das war es nicht. Es war ein hohes Risiko und die Steirerinnen und Steirer haben draufgezahlt. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 12.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Noch einmal zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Stefan Hermann. Bitte schön, Herr Klubobmann.

LTabg. Mag. Hermann – FPÖ (12.04 Uhr): Danke schön Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich will die Debatte jetzt nicht noch künstlich verlängern. Ich möchte nur ein paar Aussagen vom Klubobmann Schwarz zurückweisen. Offensichtlich hören Sie selektiv, Sie lesen selektiv, Sie rechnen selektiv, wie wir es heute gesehen haben, offenbar googeln Sie auch selektiv, denn es gibt sehr wohl einen ORF-Bericht, der heißt auch Kritik vom Rechnungshof heute auf der Homepage des ORF publiziert, wo steht: „Prüfer des Rechnungshofs erläuterten schon am Dienstag im Landtagsausschuss ihren Bericht, der auch Kritik enthält“ usw., usw. Uns zu unterstellen, wir hätten da irgendwelche Informationen weitergegeben, ist einfach unredlich, weil davon steht kein Wort da drinnen. Ich bitte solche Unterstellungen zu unterlassen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.04 Uhr)*

Präsidentin Khom: Zu Wort gemeldet ist der Landesrat Anton Lang. Bitte schön, Herr Landesrat.

Landesrat Anton Lang – SPÖ (12.05 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich muss mich noch kurz zu Wort melden, was die Aussage des Herrn Klubobmanns Lambert Schönleitner betrifft. Ich korrigiere dich nicht gerne, das weißt du eh genau, weil du ja sehr allwissend bist, aber in dem Fall muss ich es tun, weil ich kann das so nicht im Raum stehen lassen, was du jetzt gesagt hast. Dass es also hier nicht ganz klare Regeln gibt. Wenn man die Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung aus dem Jahr 2018 durchliest, dann bitte ich dich, den § 2 Risikoaversität Punkt 2 durchzulesen. Da lese ich jetzt nur den einen Satz vor: „Das Eingehen vermeidbarer Risiken (Fremdwährungsrisiken, Aktienpositions- und Optionsrisiken)“, über Aktienoptionen haben wir heute nicht geredet, aber von Fremdwährung reden wir jetzt schon seit 10.00 Uhr Vormittag, „ist hintanzuhalten“. Jetzt frage ich dich, was das heißt, weißt du jetzt nicht, oder was? Das ist hintanzuhalten. Ich muss dich korrigieren und bitte das zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.06 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 11. Dezember 2018 mit Beginn um 08.30 Uhr statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem, d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Versuchen Sie wie immer zuerst die positiven Dinge des Lebens zu sehen. Werden und bleiben Sie gesund.

Die Sitzung ist beendet.

(Ende der Sitzung: 12.06 Uhr)